

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 108

SONNTAG, 7. Juli 1935

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

Aus dem Inhalt:

Aus Göbbels Geheimküche  
Hitler und Sowjetrußland  
Enttäushtes Saargebiet  
Liebesgabe an ein Gespenst

# Enthüllung über Danzig

**Das Reich hat Danzig ruiniert! — Geheimdokumente der Danziger Nazis**

Das nationalsozialistische Regime in Danzig ist in voller Verwirrung. Die Wirtschaft der Freien Stadt ist in einer schrecklichen Katastrophe. Die Freiheit und Unabhängigkeit der Stadt ist auf das schwerste bedroht. Die Opposition wächst wie eine Sturmflut. Sie hat den dreisten Versuch der Schuldigen, die Opposition in die Verantwortung für die Bankrottmaßnahmen hineinzuziehen, mit größter Schärfe abgewiesen, sie hat mit dem Antrag geantwortet, den Volkstag aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben. Um diesem Antrag zu entgehen, ist der Volkstag schleunigst um Monate vertagt worden. Das innerlich unsicher und morsch gewordene System wagt nicht mehr, den alten Terror wieder aufzunehmen. Die Danziger Volksstimme, unser Parteiorgan, erscheint am 1. Juli wieder. Seit dem Verbot des Blattes, unmittelbar nach der Wahl, hat sich in Danzig ein großer Ruck vollzogen. Was damals auf die braune Wahlniederlage gegründete Hoffnung war, ist heute in greifbare Nähe gerückt: der Sturz des Nazisystems in Danzig!

Aber im Wanken vernichtet und zerstört das System noch, was nur irgend zerstört werden kann! Das sogenannte Sparprogramm kann verfassungsmäßig nicht durchgeführt werden, die Wunde der Währung bleibt offen, die Verarmung der Bevölkerung geht rapid vorwärts — und nun werden drückende polnische Repressionsmaßnahmen wirksam, die den gesamten Wirtschaftsverkehr der Freien Stadt mit Polen erdrosseln müssen. Die Katastrophe wird immer verzweifelter, und nun geschieht, was kommen mußte:

die braunen Ratten verlassen das sinkende Schiff! Die Hauptverantwortlichen flüchten!

Der Präsident des Volkstages, von Wnuck, legt seine Ämter nieder, er geht mit einer Reihe von Freunden nach Polen! Er verläßt den Senat und die nationalsozialistische Partei. Dieser Wnuck ist einer der stursten Vertreter der Hitlerpolitik, nächst dem Gauleiter Forster, der mächtigste Mann der Nazis in Danzig. Er war der Spezialist der Nationalsozialisten für die Wiederherstellung des Budgetgleichgewichts, für das sogenannte Sparprogramm. Er kapitulierte, weil er nicht mehr ein noch aus weiß! Das ist das Ende der Naziherrlichkeit: wenn das Land ruiniert ist, flüchten die braunen Verbrecher — ein lehrreiches Beispiel!

Dieser Wnuck ist der Mann, der den früheren nationalsozialistischen Senatspräsidenten Rauschning gestürzt hat.

Wir sind in der Lage, heute einen Briefwechsel zu veröffentlichen, der diesem Sturze vorausging. In diesen Dokumenten, die zwischen Wnuck und Rauschning gewechselt wurden, enthüllt sich die Vorgeschichte der Danziger Krise.

Schon im Herbst 1934 war das Danziger System in Danzig bankrott, war die Danziger Währung nicht mehr zu retten. Schon damals krachte es im Gefüge der Systempartei, und Rauschning, nicht minder schuldig als seine Gegner, sah schon damals das Unheil kommen.

Aber dieser Briefwechsel enthüllt noch mehr! Er zeigt die absolute Abhängigkeit der Danziger Regierungspolitik von dem reichsdeutschen Führerbefehl! Nicht die Danziger Nationalsozialisten trafen die Entscheidungen, sondern der Reichsstatthalter in Danzig, der Gaulei-

ter Forster. Die verfassungsmäßigen Institutionen waren nur eine Kulisse vor dem Befehl aus Berlin.

Danzig hat effektiv zum Reich gehört und ist vom Reich ruiniert worden!

Die braunen Methoden aus dem Reich sind stur auf Danzig übertragen worden. Was der Schacht in Deutschland im großen betreibt, ist in Danzig im kleinen getreulich kopiert worden. Die Forster, Wnuck und Greiser haben zu der Richtung der Danziger Nazis gehört, die die Berliner Befehle sinnlos durchgeführt haben. Als der offene Bankrott unvermeidlich war, wollten sie sich durch eine Terrorwahl vor den Folgen sichern. Das war — wie man jetzt klar erkennt — der Sinn der letzten Volkstagswahl in Danzig. Es ging nicht mehr um Vorstoß und Eroberung, es ging um die

Rettung der Schuldigen! Das ist ihnen gründlich mißlungen. Sie haben eine Wahlniederlage erlitten, die der ganzen Welt zeigte, daß ihr System nicht mehr die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich hat. Nach der Wahlniederlage gab es kein Verbergen der Katastrophe mehr: nun mußten sie die Wahrheit offenbaren, die Währung abwerten, die Inflation mit all ihren Schrecken entfesseln. Die Wnuck und Genossen erfuhren nun, daß Hitler und Schacht sie rücksichtslos absacken ließen.

Aus dem Programmbrief von Rauschning, der im Mittelpunkt des von uns veröffentlichten Briefwechsels steht, sprach schon im Herbst des vergangenen Jahres ein tiefer Pessimismus über die Stabilität der wirtschaftlichen Zustände im Reich, über die Möglichkeiten des

Reichs, Danzig vor der Katastrophe zu bewahren. Dieser Pessimismus hat seine Bestätigung erfahren. Hitler und Schacht haben Danzig ruiniert — aber nicht allein Danzig, sondern auch das Reich. Der Unterschied ist nur der, daß im Reich das Feuer der Katastrophe noch unter der Oberfläche schwelt, während es in den kleineren Verhältnissen von Danzig schon offen ausgebrochen ist.

Danzig zeigt wie in einem Hohlspiegel das verkleinerte aber scharfe Bild der Zukunft der Naziwirtschaft im Reich. Wenn alles zerstört ist, wenn das Unglück des Volks auf die Spitze getrieben ist, dann drücken sich die Diktatoren und überlassen das Volk seinem Geschick und der mühevollen Aufgabe, wieder aufzubauen, was die braunen Verbrecher zerstört haben!

## Die Vorgeschichte der Danziger Krise

**Briefwechsel über den Rücktritt von Rauschning**

### Der Befehl zum Rücktritt

Danzig, den 31. Oktober 1934.

Volkstagsfraktion  
der NSDAP.Herrn Staatspräsidenten Dr. Rauschning,  
Hier.

Sehr geehrter Herr Parteigenosse!

Die durch Ihre Krankheit und Ihre lange Abwesenheit bedingte Führerlosigkeit des Danziger Senats erfüllt die nationalsozialistische Volkstagsfraktion mit schwerster Sorge.

Aus allen Kreisen der Parteigenossenschaft und der Bevölkerung werden an die Fraktion täglich Klagen und Beschwerden herangetragen, daß nicht nur Entscheidungen, die den Einsatz Ihrer Person erfordern, verzögert werden, sondern daß infolge Ihrer Abwesenheit die Führung der Staatsgeschäfte

der nötigen Stetigkeit und Ordnung entbehren muß.

Die Fraktion ist bei aller Würdigung Ihrer bisherigen Tätigkeit, sehr geehrter Herr Parteigenosse, der Ansicht, daß die durch Ihre Krankheit bedingte Führerlosigkeit des Staates nicht länger tragbar ist, und bittet Sie, die erforderlichen Entschlüsse zu fassen.

Heil Hitler! Gez. v. Wnuck.

### Rauschning kritisiert

Danzig, den 19. November 1934.

Der Präsident des Senats  
der Freien Stadt Danzig.An den Präsidenten des Volkstages,  
Herrn Senator v. Wnuck, hier.

Sehr geehrter Parteigenosse v. Wnuck! Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 31. Oktober, das mir am 8. November übermittelte wurde und dessen Beantwortung ich aus bestimmten Gründen bis nach

der Wahl zurückstelle. Ich erwidere, was folgt: Ihre Vermutung, daß ich mich aus gesundheitlichen Gründen der Amtsführung enthalte, ist irrig. Ich bin gesundheitlich in der Lage gewesen, die mir obliegenden Geschäfte in vollem Umfang wahrzunehmen.

**Der Gauleiter befiehlt.**

Vielmehr ist meine Enthaltung von der Amtsführung

durch einen entsprechenden Wunsch des Gauleiters von Danzig, P. Forster, veranlaßt, welchen der Herr Gauleiter mit der Erklärung verband, ich habe nicht mehr sein Vertrauen und müsse mich ab sofort jeder Amtshandlung enthalten.

Ich bin dem Wunsche des Gauleiters aus Gründen der Parteidisziplin nachgekommen, vorbehaltlich einer schriftlichen Bestätigung dieses Wunsches und seiner Begründung.

## Enttäushtes Saargebiet

**Das System hat schon abgewirtschaftet!**

In Danzig schäumt ein Meer von Verachtung und Empörung um die wortbrüchige und korrupte Naziregierung. Der Volkstag wurde eilig auf Monate vertagt, damit ein Oppositionsantrag, das Parlament aufzulösen und Neuwahlen auszuschreiben, nicht mehr verhandelt zu werden brauchte. Daß die Nazis jetzt nur noch mit einer hoffnungslosen Minderheit in den Volkstag zurückkehren würden, bezweifelt niemand. So sehr haben sie innerhalb zwei Monaten Danzig herunter- und sich abgewirtschaftet.

Im Saargebiet erreichte die hakenkreuzlerische »Deutsche Front« am 13. Januar noch 90 Prozent der Stimmen. Seit dem 1. März sind die von einer unermeßlichen Reichspropaganda getäuschten und auf dem Schachbrett der europäischen Politik kalt geopfert Saarländer nun im vollen Genusse aller Regierungskünste des »Dritten Reiches«. Wie würde jetzt wohl nach so kurzer Bewährungsfrist des Nazisystems eine Volksabstimmung im Saargebiet ausfallen? Der Reichskommissar für die Rückgliederung Staatsrat und Gauleiter Bürckel gibt darauf selbst die Antwort.

Er hat nämlich zur allgemeinen Verblüf-

fung den Termin für die Vertrauensratswahlen im Saargebiet aufgehoben. Sehr genau weiß er, daß diese Wahlen an der Saar noch viel verheerender ausfallen müßten als im Reiche, und auf dem kleinen Saargebiet läßt sich das Ergebnis nicht so leicht verbergen und verfälschen wie im weiten Deutschen Reiche.

Der verängstigte Rückgliederungskommissar hat für seine Scheu vor einer Abstimmung in den Betrieben einen lächerlichen Grund an die Presse gegeben: Das Versammlungsverbot des Reichspropagandaministers für den Monat Juli. Aber sind denn bei der im Saargebiet vor einigen Monaten noch vorhanden gewesen neunzigprozentigen Volksgemeinschaft Versammlungen überhaupt notwendig? Und wenn man die restlichen paar Prozent in den Betrieben holen wollte, war doch leicht in dem Eckchen Saargebiet eine Ausnahme für Betriebsversammlungen zu machen! Nein, der Fall Saargebiet liegt eindeutig. Dort hat man die Nase voll, und die Stimmung ist wieder mal neunzigprozentig. Diesmal allerdings nach der anderen Seite.

Die Herren der »Deutschen Front« haben sich so gründlich verspekuliert, daß der als Dank für seine Wallfahrten mit treudeutschen Saarländern zum »Führer« nach Berlin prompt nach der Abstimmung abgesetzte Oberbürgermeister Dr. Neikes von Saarbrücken wütend abgelehnt hat, auch nur noch einen Pfennig für den nationalsozialistischen Schwindel zu geben.

Das ist nicht etwa ein Emigrantenmärchen, sondern die Naziführer bestätigen es ihrem abtrünnigen Neikes in der heftig gleichgeschalteten »Saarbrücker Zeitung«. Nun hat der abgedankte Ober immerhin noch eine Pension von über 1000 Mark monatlich, aber das ist ihm bei der Naziteuerung so wenig, daß er Angst um seine Ernährung bekommt. Man stelle sich vor, wie die Stimmung erst bei den Bergkumpeln und Hüttenarbeitern ist, die bei höchstens gleichgebliebenem Lohn jetzt um durchschnittlich 25 v. H. teure Preise haben. Da müssen wir dem P. Bürckel schon recht geben: es wäre eine im höchsten Sinne staatsfeindliche Haltung, diesen erbitterten Leuten jetzt die Möglichkeit einer Abstimmung zu geben, und wäre sie noch so terrorisiert und kontrolliert.

Was liest man an Pfählen und Zäunen des Saargebietes?

Deutsch ist die Saar —  
Nur, daß es vorher besser war.

H. W.



# Eine Niederlage Hierls

nämlich der des fehlenden Vertrauens in meine Amtsführung. Der Herr Gauleiter war der Auffassung — und ich stimme ihm bei —, diese schriftliche Erklärung könne mit Rücksicht auf unsere Verfassung nicht vom Gauleiter selbst abgegeben werden, sondern müsse von der verfassungsmäßigen Vertretung unserer Bewegung ausgehen, und wollte entsprechendes veranlassen. Wenn ich zugelassen habe, daß in der Öffentlichkeit der Zustand meiner Gesundheit als sehr unbefriedigend dargestellt wurde, so habe ich dieses persönliche Opfer nur im Interesse des Staates und unserer Bewegung gebracht.

## Der Kampf der Cliquen.

Ihrem Schreiben, von dem ich annehme, daß der Herr Gauleiter Kenntnis hat, entnehme ich, im Gegensatz zu meinem bisherigen Eindruck, daß das Vertrauen in meine Geschäftsführung keineswegs erschüttert zu sein scheint. Ich muß daher die Frage stellen, ob ich mich hierin irre und Senat und Fraktion die Wiederaufnahme der Amtsgeschäfte durch mich wünschen. Ich bin dazu jederzeit bereit. Sollte dies nicht der Fall sein und die Parteileitung mir im Gegensatz zu der klaren und abgesprochenen Sachlage nunmehr die Verantwortung für meinen Rücktritt zuschieben wollen, so muß ich zu meinem Bedauern erklären, daß ich dazu nicht in der Lage bin. Die Verantwortung für meinen Rücktritt und die etwaigen Folgen müssen vielmehr vollkommen klar und eindeutig Parteileitung und Fraktion übernehmen. Ich muß es ablehnen, den Vorwurf auf mich zu nehmen, als habe ich Danzig in gefährlichster Stunde im Stich gelassen. Ich muß daher die Partei und Fraktion darauf verweisen, daß ich einem begründeten und schriftlichen Mißtrauensvotum entgegenstehe, falls mein Rücktritt gewünscht wird. Ich muß dieses um so mehr tun, als der vordem von dem Herrn Gauleiter gewünschte Ausweg, meinen Rücktritt mit einer ernsten Krankheit zu begründen, um die Willensfreiheit der Partei in der Öffentlichkeit nicht zu gefährden, nunmehr leider für mich völlig ausgeschlossen ist. Sowohl der Herr Gauleiter als der Herr Vizepräsident, offenbar aber auch noch andere Persönlichkeiten, haben nachweislich unter maßgebendsten Kreisen der Partei in Danzig wie im Reich bis in die höchsten Dienststellen und Ministerien die eine schwerste Ehrenkränkung für mich bedeutende Mitteilung gemacht, ich habe mir meinen Rücktritt durch Geldzuwendungen, bzw. -zusagen abkaufen lassen. Der Herr Gauleiter hat zudem wiederholt die Äußerung gemacht, daß ich Landesverräter sei und als solcher verdiente, erschossen zu werden. Durch diese unfaire Behandlung eines sachlichen Konfliktes, die geflissentlich mit der Parole, ich müsse mir doch etwas haben zuschulden kommen lassen, daß ich nicht mehr nach Danzig zurückkehre, auch unter weitester Kreise gebracht wurde, ist es mir völlig unmöglich gemacht worden, mein Amt anders als auf formelles Mißtrauensvotum niederzulegen.

Sollte die Partei, entgegen den Erklärungen Ihres Schreibens vom 31. 10. doch noch zu einer solchen Mißtrauenserklärung kommen wollen, so möchte ich mit Folgendem einiges Material über die zwischen der Gauleitung und mir bestehenden Differenzen zur Kenntnis geben. Ich muß es mir versagen, den sachlichen Konflikt über die in Danzig einzuschlagende Politik, der offenbar zu dem Rücktrittswunsch des Herrn Gauleiters geführt hat, in notwendiger Ausführlichkeit darzulegen. Ich bin dazu jederzeit bereit, sowohl in einer Senatssitzung wie in einer Sitzung der Fraktion. Immerhin möchte ich neben anderem auf die wesentlichste und vordringlichste Aufgabe, die Erhaltung der wirtschaftlichen Selbständigkeit Danzigs, mit einigen Worten eingehen, weil ich mit allergrößter Sorge sehen muß, wie es zu keinem geeigneten Entschluß im Senat, der Abhilfe verspricht, gekommen ist:

## Die Währungsfrage.

1. Die Kernfrage der Danziger Wirtschaft, der gegenüber alle anderen Fragen zweit-rangig sind, ist die Deckung des Fehlbetrages der auswärtigen Zahlungsbilanz, welcher die Größenordnung von ca. 3.000.000.— Gulden monatlich hat. Von der Lösung dieser Frage hängt der Bestand unserer Währung, die Erhaltung unserer wirtschaftlichen Selbständigkeit und damit die Deutscherhaltung Danzigs ab. Gelingt es nicht, der Unzulänglichkeit unserer Devisenaufkommen abzuhelfen, so muß der Fehlbetrag unserer auswärtigen Zahlungsbilanz der Deckung unserer Währung entnommen werden, was in einem Zeitraum von wenigen Monaten — bei Fortsetzung der gegenwärtigen Wirtschafts-

Vor Wochen haben wir darauf hingewiesen, daß die Wiedereinführung der allgemeinen Wehrpflicht die Position des Hierischen Arbeitsdienstes nicht ganz ungefährdet läßt. Hierl kämpfte verzweifelt um die Erhaltung seiner Armee, betonte den Unterschied zwischen der Funktion der Wehrmacht und jener seiner Spatentruppe — aber es half nichts: der Arbeitsdienst wird halbiert, die Dienstzeit wird von einem Jahr auf ein halbes herabgesetzt, weil die Finanzkraft des Reiches nicht ausreicht, um neben der Reichswehr noch den Arbeitsdienst uneingeschränkt aufrecht zu erhalten. Zweifellos sind das auch Geldfragen, aber dies war wohl nicht ausschlaggebend. Noch immer sind militärische Kräfte am Werke, die von einer anderen Wehrkonzeption als die Hierls ausgehend, im Sinne der modernen englischen und amerikanischen Schule der Quantität die Qualität vorziehen. Die beiden Auffassungen, als deren Repräsentanten Hierl einerseits und Seeckt andererseits betrachtet werden können, stoßen immer wechselseitig vor, und das ist der Hintergrund des unbeschreiblichen Wehrwirrwarrs des Dritten Reiches. Hieß es erst vor Tagen noch, jeder Soldat habe vorher ein Jahr Arbeitsdienst zu absolvieren, so lautet die neue Verordnung schon wieder anders. Und morgen kann sich das Blatt wieder wenden. Vorsichtshalber sagt man schon, die Maßnahmen sind nur »vorläufige«. Ähnlich verhalten sich die Dinge bei der Dienstpflicht für Mädchen. Prinzipiell wird sie befürwortet, praktisch aber unterbleibt sie einstweilen aus finanziellen Gründen. In Wahrheit stecken die Kleinbürger hier in einem tollen Dilemma, aus dem sie

nicht so leicht heraus kommen. Haben sie nicht die Rettung der Familie versprochen, und wurde durch die Totalität nicht gerade das Gegenteil ertrotzt? Wie vereinbart sich Totalität und totale Mobilmachung mit dem Hausfrauen- und Familienideal? Von allen Seiten werden die Nazipädagogen bestürmt, und so müssen sie etwas nachgeben. Der Totalitätsanspruch der Hitlerjugend wurde vor allem dadurch zurückgedrängt, daß ein bestimmter Wochentag zum Staatsjugendtag erhoben wurde, ansonsten die Lehrer wieder voll in Amt und Würden sind. Allgemein ist zu beachten, daß dem Sport stets größte Geltung eingeräumt wird, weil dieser in der Tat die zweckmäßigste Vorbereitung auf den eigentlichen Militärdienst ist, weitaus besser als Arbeitsdienst und Hitlerjugend, und obendrein ganz beträchtlich billiger, was heute entscheidend ist!

Und schließlich wurde durch die Kürzung des Arbeitsdienstes vor allem auch die Industrie beruhigt. Sie hat bange gefragt, was soll eigentlich aus der deutschen Berufsschulung und dem industriellen Nachwuchs werden, wenn die Jungen so lange festgehalten werden. Na und schließlich braucht auch ein moderner militärischer Apparat die industrielle Qualitätsarbeit, und zwar um so mehr, je mechanisierter und motorisierter die Armee ist. Nun ist ein Kompromiß zustande gekommen, das gewiß noch nicht das letzte Wort in dieser Sache ist.

## Musterung

Die Jahrgänge 1914 und 1915 sind zur Musterung befohlen. Der Dienstpflichtige hat folgende Papiere beizubringen:

1. seinen Geburtschein,
2. den Nachweis über die Abstammung, gegebenenfalls auch über die der Ehefrau (diese Nachweise können in begründeten Ausnahmefällen wegen der kurzen Zeitspanne auch nach der Musterung noch beigebracht werden),
3. den Nachweis über Berufsausbildung (Lehrlings- und Gesellenprüfung oder über Schulbildung), ferner soweit die Voraussetzungen dafür gegeben sind:
4. den Nachweis über Zugehörigkeit zur HJ (Marine-HJ), zur SA (Marine-SA), zur SS, zum NSKK, zum DLV (Deutscher Luftsportverband), zum DAD (Deutscher Amateursende- und Empfangsdienst),
5. den Nachweis über Teilnahme an Wehrsport (Wasserwehrsport),
6. den Nachweis über Landhilfe,
7. den Nachweis über geleisteten Arbeitsdienst (Arbeitspaß oder Arbeitsdienstpaß),
8. den Nachweis über geleisteten aktiven Dienst in der Wehrmacht oder Landespolizei, oder über die bereits erfolgte Annahme als Freiwilliger in der Wehrmacht oder Landespolizei,
9. den Nachweis über den Besuch von Seefahrtsschulen und über Seefahrtszeiten,
10. den Nachweis über Reichssportabzeichen oder SA-Sportabzeichen,
11. den Führerschein (für Kraftfahrzeuge, Flugzeuge oder des deutschen Seglerverbandes).  
Raserei des braunen Bürokratismus!

weise fünf Monate — zu deren Zusammenbruch führen würde. Dieser Bankrott würde Danzig der Gnade und Ungnade des Auslandes ausliefern.

Wenn der Herr Gauleiter sagt, er habe vom Führer die bestimmte Zusage, das Deutsche Reich werde für das Nötige sorgen, so halte ich es für unverantwortbar, sich allein auf die Hilfe des Deutschen Reiches zu verlassen, weil damit gerechnet werden muß, daß das Unvermögen des Reiches, die zu einer ausreichenden Hilfe notwendigen Devisen rechtzeitig zur Verfügung zu stellen, anhält.

Ich weise hier auf die bedrohliche Lage hin, in welche schon jetzt die Bauernschaft durch die Nichtabnahme und Nichtbezahlung der Kontingente geraten ist. Die Schwierigkeiten, welche einer Befreiung Danzigs von einer Lösung von fremder Hilfe entgegenstehen, verkenne ich nicht. Trotzdem ist der Weg zur Deutscherhaltung Danzigs der Appell an die eigene Kraft. Der Herr Gauleiter stellt sich auf den Standpunkt, solche Möglichkeiten beständen nicht, Danzig habe immer von fremder Hilfe gelebt, vor dem Kriege von den Staatsaufträgen der Werften und von der starken Garnison. Diese Auffassung des Herrn Gauleiters ist falsch. Ich weise auf die wohl durchgearbeiteten praktischen Vorschläge meiner, allerdings von der Gauleitung nicht geschätzten Mitarbeiter hin. Wenn diese Vorschläge erst in ganz bescheidenem Umfang durchgeführt worden sind, so liegt das an folgendem, und damit komme ich zu dem entscheidenden Punkt:

## Drängen auf Abwertung.

Die Voraussetzung jeder Möglichkeit, in Danzig eine Wirtschaft aus eigener Kraft zu entfalten, ist die Wiederherstellung unserer Wettbewerbsfähigkeit mit dem Sterling-Block. Welche Wege dahin führen, habe ich dem Herrn Gauleiter schon am Anfang des Jahres auseinandergesetzt, und ich möchte sie hier nicht im einzelnen erörtern. Allen gangbaren Wegen gemeinsam und unvermeidbar ist, daß die Wiederherstellung dieser Wettbewerbsfähigkeit allerdings auf irgendeine Weise unsere Einkommen berührt, zwar nicht durchaus ihre reale Höhe, wohl aber ihren zahlungsmäßigen Ausdruck. Wohl dürfen wir nicht versuchen, mit tiefstehenden Ländern, wie Polen, zu wetteifern. Haben vielmehr solchen Ländern die Arbeitszweige zu überlassen, welche geringe Ansprüche an die persönliche Leistung stellen. Wir können uns aber auf keine Weise durch die Festsetzung unmöglicher Lohnsätze der Anpassung an die hochstehenden Länder des Sterling-Blocks entziehen. Der Herr Gauleiter hat diesen Sachverhalt meines Wissens nie grundsätzlich bestritten, aber trotzdem zugelassen, daß niedere und hohe Amtswalter der Partei Maßnahmen getroffen und öffentliche Äußerungen getan haben, welche in

völligem Widerspruch zu dieser Auffassung und Erkenntnis standen.

Dabei bedürfen gerade die erwähnten Notwendigkeiten, weil sie die Einkommen berühren, in ganz besonderem Maße der einhelligen Zusammenarbeit der Partei mit der Regierung, zumal sie ohnehin bei der Durchführung Schwierigkeiten in sich bergen, die nur durch sachkundige Anordnung gemeistert werden können.

## Keine Hoffnungen auf das Reich.

Die Gauleitung glaubt in dieser, allerdings schweren Lage, die von mir seit Februar-März d. J. klar charakterisiert und zum Gegenstand besonderer Besprechung gemacht wurde, immer noch eine völlig unbegründete Politik der Hoffnung auf eine baldige Besserung der Lage des Reiches versuchen zu wollen. Solches Abwarten ist deshalb so besonders gefährlich, weil in kürzester Frist die Möglichkeiten verbraucht sein werden, die heute noch eine Abhilfe versprechen könnten.

Es kommt dazu noch folgendes: Der Prozeß des Devisenabflusses wird durch die Auswirkung einer nicht ausreichenden planvollen Arbeitsbeschaffung stark beschleunigt. Ich habe, ebenfalls seit Jahresfrist, auf den Unterschied unserer Lage und der des Deutschen Reiches hingewiesen und immer wieder klarzumachen versucht, daß die Arbeitsbeschaffungsvorhaben, so wie sie bisher im wesentlichen geplant wurden, zu einer vermehrten Schwächung unserer Währung führen müßten. Ich habe mich mit allem Nachdruck gegen solche Planungen gewandt, wie es der Theaterbau etc. ist. Meine Bitten, die Arbeitsbeschaffung, an sich eine der notwendigsten und vordringlichsten Aufgaben, für die auch ich mich ganz besonders eingesetzt habe, auf eine neue, klare Grundlage zu stellen, sind unberücksichtigt geblieben. Entweder wird daher in kurzer Zeit ein starkes Anschwellen der Arbeitslosigkeit einsetzen, oder der von mir charakterisierte Vorgang der Erschöpfung unserer Währungsdeckung wird sich noch erheblich schneller entwickeln.

## Die Verfassungsfragen.

2. Die wirtschaftliche Lage bestimmt aber sehr eindeutig die auch einzuschlagende innerpolitische Linie. Unvermeidliche Maßnahmen der Regierung bedürfen meiner Ansicht nach einer Zweidrittelmajorität und werden kaum durch das Ermächtigungsgesetz durchführbar sein.

Maßnahmen sehr unpopulärer Art lassen es erwünscht erscheinen, auch die anderen Parteien an der Mitverantwortung teilnehmen zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß für die Durchführbarkeit die innere Geschlossenheit der Bevölkerung Danzigs aus der Erkenntnis des ersten Notstandes unerlässlich ist. Angesichts der sehr schweren Erschütterungen

des kommenden Jahres erschien es mir daher notwendig, wenigstens einen Burgfrieden mit den nichtmarxistischen Parteimitgliedern herbeizuführen. Anstatt dessen verlangt die Gauleitung von mir den rücksichtslosen Einsatz der Staatsmittel in der Unterdrückung der Restparteien bis zur Forderung, einige katholische Geistliche in Haft zu nehmen. Abgesehen davon, daß der erwünschte Erfolg bei der in Danzig bestehenden Rechtslage niemals durch Unterdrückungsmethoden, sondern lediglich durch gelistete Ueberwindung erreicht werden kann, würde ein auch nur kurzer Kampf uns jeder Möglichkeit berauben, notwendige Maßnahmen gesetzgeberisch durchzuführen.

Danzig wird aber auch nicht daran vorbegehen können, wenigstens einen Versuch zu machen, auswärtige Anleihen zu erlangen, wenn es die Währung halten will. Die an sich schon sehr schwierige Erlangung solcher Anleihen würde unmöglich werden, wenn Danzig unter dem vollen Druck außenpolitischen und wirtschaftlichen Boykotts gerät, wie dies als Folge rücksichtslosen Vorgehens gegen kirchliche Faktoren, gegen Juden etc. eintreten müßte. Ich habe mich auch deshalb gegen jede Wahl gewandt, die eine andere als außenpolitische Parole zur Voraussetzung hat, weil eine solche nur die bestehenden Gegensätze verschärfen müßte, anstatt die für uns notwendige Gesamtfront aller gutwilligen Deutschen Danzigs vorzubereiten.

## Danzig und Polen.

3. Die innerpolitischen Forderungen hätten sich auch insbesondere aber auch in schwerster Weise außenpolitisch auswirken müssen.

In der außenpolitischen Lage Danzigs ist es ein fundamentaler Irrtum, glauben zu wollen, daß der Ausgleich mit Polen, bezw. das neugeregelt Verhältnis zwischen Deutschland und Polen nunmehr die Souveränität Danzigs sichergestellt habe.

Abgesehen davon, daß ja gerade das Verhältnis Danzigs zu Polen von der Partei noch immer diskutiert wird und gerade von mir auf die Möglichkeit eines Ausbrechens Polens aus der gegenwärtigen Haltung zu Deutschland hingewiesen wurde, muß ich darauf aufmerksam machen, daß der Danzig-polnische Ausgleich, wie immer von mir hervorgehoben, seine außerordentlich großen Gefahren für die Deutscherhaltung Danzigs haben muß. Es ist daher immer wieder auf die Notwendigkeit volkspolitischer Abwehrarbeit gegenüber der polnischen Propaganda als einer Ergänzung der offiziellen Politik hingewiesen worden. Es ist aber auch notwendig, sich außenpolitische Faktoren zu erhalten, die in sehr wahrscheinlich erneuten Konflikten für Danzig eintreten könnten.

Ich habe mich daher vor meiner ersten Regierungserklärung sehr intim mit dem Ver-



treter Sowjetrußlands ausgesprochen, um uns die wiederholt bewährte Hilfe Rußlands zu sichern.

Schon in jener Erklärung wurde mir der von mir beabsichtigte Passus über ein gutes Verhältnis zu Rußland von der Parteilung gestrichen. Die Entwicklung im Reiche hat es dann unmöglich gemacht, meine geplante Politik in dieser Richtung zu verfolgen.

#### Die Stellung zum Völkerbund.

Etwas besser sind meine Bemühungen, England zu interessieren, ausgegangen. Es ist mir jedenfalls gelungen, eine ausgesprochene Gegnerschaft Englands zu vermeiden, indem sich der Nachweis erbringen ließ, daß in Danzig verfassungsmäßige Zustände aufrechterhalten werden. Besonders dringend war es jedoch, den Völkerbundsrat durch eine strenge gerichtliche und verfassungsmäßige Haltung an seiner Parteilung gegen Danzig zu hindern. Dies wurde nach dem Austritt Deutschlands aus dem Rat zur unbedingten Voraussetzung der Haltung Danzigs. Schon jede Einmischung des Völkerbundsvertreter in innere Verhältnisse Danzigs, wie dies leider in den vergangenen Jahren häufig der Fall gewesen ist, besonders aber solche, wie die vorjährige Presseangelegenheit, die zu einem Verfahren vor dem Rat führte, müssen die an sich schon beschränkte Souveränität Danzigs weiter unterhöhlen. Es muß klar zum Ausdruck gebracht werden, daß die unter dem Schutz des Rats stehende und von ihm kontrollierte Verfassung die zur Zeit einzige Garantie für die Souveränität Danzigs bedeutet und allein Danzig von der von Polen nach wie vor beanspruchten Einbeziehung in das polnische Staatsgebiet bewahren.

Der Völkerbundsrat ist daher, so unsympathisch dies auch für uns sein mag, der natürliche Beschützer Danzigs gegenüber einer völligen Preisgabe an den guten oder schlechten Willen Polens.

Jeder grundsätzliche Gegensatz zu dem Rat oder eine ernsthafte Verfassungsverletzung muß bedeuten, daß sich Danzig völlig in die Hand Polens begibt. Der Völkerbundsvertreter muß aber, selbst bei Sympathien gegenüber Danzig, jede erneute Verfassungsverletzung, wie es beispielsweise das nicht genügend begründete Verbot der Oppositionszeitungen oder sein weiterer Konflikt mit dem Zentrum bedeuten würde, zu einem Verfahren vor dem Rat führen, dessen Ausgang nicht zweifelhaft sein kann und im Enderfolg dahin führen muß, daß Danzigs Autorität in aller Öffentlichkeit eine große Erschütterung erleidet oder daß Danzig den z. Zt. höchstgefährlichen Weg eines offenen Konfliktes mit dem Völkerbund gehen müßte, der es auf Gedeih oder Verderb an Polen bindet.

Ich muß mit Nachdruck darauf hinweisen, daß meine Politik in allen ihren Teilen ein wohlgedachtes System ist, das nur als solches Aussicht auf Erhaltung Danzigs gewähren kann. Bricht man ihm einzelne Teile heraus, da muß es zu einem in absehbarer Zeit eintretenden Zusammenbruch führen.

#### Staat und Partei.

Die angedeuteten Vertrauenskrisen und Konflikte hängen aber schließlich aufs engste mit einem meiner Meinung nach falschen Begriff über das Verhältnis von Staat und Partei zusammen. Die Verankerung des Staates in der Gesinnung und Gedankenwelt des Nationalsozialismus läßt sich nicht anders durchführen als durch eine möglichst gründliche Einbeziehung von durch Charakter und Fähigkeit ausgezeichneten Parteigenossen in die Verwaltung. Man darf diese Parteiloren aber nicht mit dem Eintritt in die verantwortlichen Stellen sofort diffamieren, sondern sie auch weiterhin als die Mandatäre der Partei respektieren, andernfalls geht die Partei an der fortgesetzten grundsätzlichen Kritik am Staat und seiner Zerrüttung selbst zugrunde. Es ist eine das Wesen des Staates verkennende Anschauung, von ihm als von einem Apparat zu sprechen und über ihn die Partei zu stellen. Wenn die Partei fortführt, den Staat als sich gegensätzlich zu betrachten, so wird sie den letzten Halt der Unabhängigkeit des Danziger Deutschtums zerstören.

Der gegenwärtige Zustand fortgesetzter Eingriffe in die Staatsorgane hat aber auch schon zur Zeit eine derartige Zerrüttung der staatlichen Autorität herbeigeführt, das nur mit schwerster Besorgnis auf die weitere Entwicklung geblickt werden kann.

Ich habe auf die Gefahr bereits vor Jahresfrist hingewiesen und seitens des Stellvertreter des Führers die klare Entscheidung erhalten, daß die Verbindung zwischen Partei und Staat nur durch den regierenden Präsidenten durchzuführen, ein unmittelbares Eingreifen in nachgeordnete Dienststellen unzulässig sei. Trotz dieser Entscheidung ist der Prozeß der Zersetzung der Staatsautorität

# Aus Goebbels Geheimküche

## Neue geheime Anweisungen an die deutsche Presse

Eine Erörterung über die Ausführungen des „Angriff“ zum Thema Devaluation muß vermieden werden.

Ueber die Entscheidung des Standesamtes in Pforzheim, welches im Gegensatz zu einem anderen in der Presse berichteten Fall die Ehe eines wehrpflichtigen Ariers mit einer Jüdin vollzogen hat, darf nicht berichtet werden. Eine neue gesetzliche Regelung der Mischehenfrage ist in Vorbereitung.

Die Wiedergabe von vertraulichen und öffentlichen Erklärungen des Herrn preußischen Ministerpräsidenten aus Anlaß seiner Balkanreise aus der ausländischen Presse, sowie die weitere Erörterung der Ergebnisse dieser Reise ist unerwünscht.

Eine nähere Erörterung des U-Boot-Passus im deutsch-

englischen Flottenabkommen wird vom Auswärtigen Amt als unerwünscht bezeichnet.

Die außenpolitische Führung des Reiches wünscht nicht, daß die Beziehungen zu Italien durch eine breite Erörterung des deutsch-italienischen Verhältnisses in der Presse gefährdet werden. Bei der Behandlung der Abessinienfrage ist zweckmäßig eine eigene Stellungnahme zu vermeiden, bei der Wiedergabe ausländischer Stimmen ist Wert darauf zu legen, daß irgendwelche Unfreundlichkeiten völlig vermieden werden.

In der Zeit vom 23. bis 26. Juni hielten sich hohe ungarische Offiziere in Berlin auf. Ihre Anwesenheit, die der Vorbereitung deutsch-ungarischer Abmachungen diente, ist von der Presse diskret zu behandeln.

## Deutsche Streiflichter Durch die Blume

»Mit Blumen will ich dir den Lebensweg bestreuen und alle meine Tage in Liebe Dir nur weihen.« Die guten Deutschen, die Herrn Hitler und seine Unterdiatoren nach diesem alten Sprüchlein begrüßen und beheilen wollen, kommen allmählich in arge Verlegenheit. Zum soundso vielen Male wird ihnen, jetzt durch den Amtlichen Preußischen Pressedienst, Botanik im »Dritten Reich« eingebläut, und zwar etwa in dem Stile, daß Blumenwerfen auf liebliche Bräute eine schöne und harmlose Angelegenheit ist, daß aber gegenüber den rauhen Kämpfern rund um Hitler »diese Art der Beifallskundgebungen Gefahren in sich birgt«. Von einem Verbot der Anpflanzung staatsgefährlicher Blumen wie Rosen, Nelken und Vergißmeinnicht wird einstweilen noch abgesehen. Auch wird das Goetheche »Sah ein Knab ein Röslein stehn...« noch nicht unterdrückt, aber immerhin liegt strenger Anlaß vor, die Bekämpfung vor der unvorschriftsmäßigen Benutzung erwähnter Blümlein »zu warnen und notfalls mit Strafverfügungen vorzugehen.

und der notwendigen Subordination weiter fortgeschritten.

Allgemeine Furcht eines großen Teiles der Beamten, bei der Partei in Ungnade zu fallen, führte zu Liebedienerei, Servilismus, Mangel an Charakter. Der Mut zur sachlichen Arbeit, zum Bekenntnis der eigenen Meinung und zur Mitverantwortung fehlen in erschreckendem Maße und schalten die erforderliche Sachkenntnis bei der Beratung von Gesetzen und Anordnungen nahezu aus.

Ich brauche in diesem Zusammenhang keine Einzelfälle zu erwähnen. Die Voraussetzungen für die Uebernahme der verfassungsmäßigen Verantwortung durch Präsident wie Gesamtsenat bilden Einheitlichkeit und Stetigkeit der Politik, Klarheit der Befehlsgewalt und Anordnungsbefugnisse so wie in den einzelnen Prärogativen der politisch verantwortlichen Stellen und der Behördenleiter und Dienststellenleiter. Es muß dies mit umso größerem Nachdruck ausgesprochen werden, als die Maßnahmen, die künftig allein noch eine Rettung Danzigs versprechen, nur bei stärkerer Autorität der Regierung durchführbar sind. Wenn bei jeder Maßnahme wie bisher, sich Parteilinstanzen querlegen und bei der Parteilung häufig unberechtigt eine Stütze finden, so ist die frühere Partei- und Interessenwirtschaft lediglich verlagert aber nicht beseitigt. Nachdem ich hiermit nur kurz auf einige wesentliche Punkte eingegangen bin, fasse ich zusammen:

1. Ich bin bereit, jederzeit die Amtsgeschäfte zu übernehmen. Für den Erfolg der Politik ist jedoch eine Einigung über die in den nächsten Monaten durchzuführenden Maßnahmen zu erzielen. Ich bin jederzeit bereit, darüber eingehende Ausführungen zu machen.

2. Ich lehne den freiwilligen Rücktritt von meinem Amte ab und verweise auf die Notwendigkeit einer begründeten Mißtrauens-erklärung.

Heil Hitler! gez. Dr. Rauschnig.

#### Ein Ultimatum

Der Senat der Freien Stadt Danzig.  
Danzig, den 19. 11. 1934.

Merkwürdig, wie sich in Hitlerdeutschland die einst so niedlichen Kinder Floras gewandelt haben und sich jetzt von den Blumen sehr benachbarter Länder unterscheiden. Im Rosenmonat Juni wurden wir zufällig Zeuge einer Blumenschlacht in Belgien. Offizierschüler der Armee feuerten die bunten Geschosse auf allerlei Mägdelein, und diese erwiderten tausendfach. Sogar eine richtige Königin — nicht eine nur nachgemachte wie Görings Diamanten-Emmy — und ein kleines Prinzesschen kamen ins Gefecht. Und das unter den Augen der Polizei und hoher Militärs. Nirgendwo wurde »gegen die Unsitte des Blumenwerfens« eingeschritten, wie es jetzt in Preußen amtlich für notwendig gehalten wird. Nirgends sahen wir Blut fließen. Weder rotes noch blaues. Nirgends beobachteten wir etwas von den großen Gefahren, die diese »Art der Beifallskundgebungen« in sich bergen soll. Nirgends lasen wir, daß in Belgien oder sonstwo in einem parlamentarisch regierten Lande Blumenstreuen und Blumenwerfen lebensgefährlich ist. Die Röslein und Blauvegelein mit Dornen so groß wie Hitlerjüngendmesser und Knospen so schwer wie Dynamitbomben scheinen nur in den Diktatorländern zu wachsen, und es ist nur recht, daß man mit sol-

Sie haben auf den Brief des Führers der Volkstagsfraktion, Herrn von Wnuck, vom 31. 10. bis heute keine Antwort gegeben. Die unterzeichneten Mitglieder des Danziger Senats sehen sich daher veranlaßt, nach ein letztesmal an Sie heranzutreten. Die Unterzeichneten machen Sie auf die, sowohl dem Herrn Senatsvizepräsidenten als auch dem Herrn Gauleiter Forster im Beisein des Herrn Senators Huth gemachten Erklärungen Ihrerseits aufmerksam. Die Unterzeichneten erwarten von Ihnen, daß Sie innerhalb 48 Stunden erklären, ob Sie auf Grund der von Ihnen selbst festgestellten Krankheit von Ihrem Amte als Senatspräsident zurücktreten wollen oder nicht. Sollten wir nach Ablauf der angegebenen Frist eine Äußerung Ihrerseits nicht in Händen haben, so müßten wir annehmen, daß Sie von allen zwischen dem Herrn Senatspräsidenten Greiser und Ihnen gemachten Vereinbarungen abweichen und wären wir daher von uns aus gezwungen, einen anderen Schritt zur Klärung der ganzen Angelegenheit zu gehen.

gez. Wilhelm Huth  
Greiser  
Wiercinski-Kaiser  
gez. Wnuck  
Paul Batzek  
Dr. Hoppenrath Dr. Kluck.  
An den Senatspräsidenten Dr. Rauschnig, hier.

#### Die Antwort

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig.  
Warnau, den 21. 11. 34.  
An den Senat der Freien Stadt Danzig zu Händen des Herrn Vizepräsidenten.

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 19. 11., welches mir in der Nacht vom 19. zum 20. überbracht wurde. Zur Sache verweise ich auf mein Schreiben vom 15. 10. an den Herrn Gauleiter und auf mein Schreiben vom 19. 11. an die Nationalsozialistische Volkstagsfraktion, welches schon um 14 Uhr des gleichen Tages dem Vorsitzenden der Volkstagsfraktion, Herrn Senator von Wnuck, durch Herrn Schierholz überreicht wurde. Durch dieses Schreiben halte ich

chen Vegetabilien nicht nach Staatsmännern wirft.

#### Illegales Märtyrertum

Die 24jährige kommunistische Jugendfunktionärin Berta Karg aus München ist wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit 15 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust bestraft worden. Der Vertreter der Reichsanwaltschaft hatte lebenslängliches Zuchthaus beantragt. Dieser furchtbare Antrag und die entsetzlich barbarische Strafe bringen in Erinnerung, daß vor einiger Zeit verschärfte Strafbestimmungen gegen Hochverrat erlassen worden sind, die in schweren Fällen sogar Todesstrafe ermöglichen.

Hier muß nach der Meinung mindestens des Anklagevertreters ein schwerer Fall vorgelegen haben. Was tat also die Kommunistin Karg? Hetzte sie zu Gewalttaten? Fabrizierte sie Bomben oder legte sie Lager mit Waffen und Explosivstoffen an? Organisierte sie Attentate gegen Würdenträger des »Dritten Reichs«? Selbst die gleichgeschaltete Presse behauptet das nicht. Das furchtbare Verbrechen, für das »eine außerordentlich hohe und exemplarische Strafe geboten« erschien, bestand einfach in der rein geistigen Verbreitung der Ueberzeugung dieser jungen deutschen Volksgenossin, deren Anschauung bekanntlich nicht die unsrige ist. Eine ihrer größten Untaten war, daß sie einen »äußerst gefährlichen Emigrant« in Paris aufgesucht hat, angeblich, um mit ihm die Wiederaufrichtung kommunistischer Organisationen im Reiche zu ermöglichen. Dafür 15 Jahre Zuchthaus und Diffamierung, die allerdings in den Augen jedes anständigen Menschen eine Ehrenerklärung ist!

Auch der Zarismus hat seine grausame Justizmaschine erbarmungslos gegen Frauen eingesetzt. So wurde Wera Figner zu lebenslänglicher Kerkerstrafe verurteilt. Immerhin war sie eine aktive Terroristin, die an Attentatsplänen gegen Staatspitzen beteiligt war. Für rein illegale geistige Arbeit allein? Man wird selten oder nie im zaristischen Rußland Urteile finden, wie sie jetzt in Hitlerdeutschland gegen Frauen gefällt werden.

Viele der in Rußland eingekerkerten Revolutionäre haben das Ende des Zarismus und das blutige Gericht über die Zarenfamilie noch erlebt. Die jetzt im Reiche eingekerkerten Kommunisten und Sozialdemokraten, deren Zahl gerade in den letzten Wochen wieder stark gewachsen ist, wird die Hoffnung aufrechterhalten, daß auch den Tyrannen des »Dritten Reichs« das Geschick nicht erspart

meine Stellungnahme für hinreichend geklärt und habe nur die Bemerkung hinzuzufügen, daß die von Ihnen in Ihrem Schreiben gewählten Formen mir ein weiteres Eingehen auf Ihr Schreiben verbieten.

gez. Dr. Rauschnig.

#### Ein geheimes Mißtrauensvotum

Volkstagsfraktion der NSDAP.

Danzig, den 22. 11. 1934.

Als Antwort auf Ihr Schreiben vom 19. d. M. überreiche ich anliegend ein von den Mitgliedern meiner Fraktion unterzeichnetes Mißtrauensvotum.

Ich erwarte die Amtsniederlegung innerhalb 48 Stunden.

Der Fraktionsführer gez. v. Wnuck.

An den Herrn Dr. Rauschnig, hier.

Die Volkstagsfraktion der NSDAP als verfassungsmäßig zuständige Körperschaft der Partei spricht dem Präsidenten des Senats, Dr. Rauschnig, das Mißtrauen aus, weil die Fraktion ein Weiterverbleiben des Herrn Dr. Rauschnig im Senat als untragbar für das Wohl der Freien Stadt erachtet.

Danzig, den 22. November 1934.

gez. 38 Unterschriften.

#### Rauschnig tritt zurück

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig.

Danzig, den 23. 11. 34.

An die Nationalsozialistische Volkstagsfraktion, zu Händen des Fraktionsführers, Herrn Senator v. Wnuck, Danzig.

Ich bestätige den Eingang Ihres Schreibens vom 22. 11. Ich habe heute daraufhin meinen Rücktritt erklärt. Eine Abschrift des an den Volkstag gerichteten Schreibens füge ich bei.

gez. Dr. Rauschnig.

Der Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig.

Danzig, den 23. 11. 1934.

An den Volkstag der Freien Stadt Danzig zu Händen des Präsidenten, Herrn Senator v. Wnuck, Danzig.

Hiermit lege ich mein Amt als Präsident des Senats der Freien Stadt Danzig nieder.

gez. Dr. Rauschnig.



# Wer profitiert von der Teuerung?

Wie im Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung vom 5. Juni zu lesen ist, hat die starke Steigerung der Verkaufserlöse seit 1933 die Lage der Landwirtschaft wesentlich gebessert. Im laufenden Wirtschaftsjahre 1934/35 betrug der Erlös aus dem Verkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse an nichtlandwirtschaftliche Konsumenten schätzungsweise 8,2 Milliarden Mark. Sie waren nach dieser Schätzung des Instituts um 10 Prozent höher als 1933/34 und sogar um 28 Prozent höher als 1932/33. Die Verbesserung der Erlöse beweist keineswegs, daß zur gleichen Zeit die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung besser mit landwirtschaftlichen Produkten versorgt worden ist. Dank Darré sind die Preise gerade der wichtigsten Bestandteile der Massenernährung am meisten gesteigert worden. Mit den Erlösen sind aber nicht zugleich die abgesetzten Mengen gestiegen. Die Verkaufserlöse haben nicht deshalb zugenommen, weil der Verbrauch von Nahrungsmitteln gestiegen, sondern weil er verteuert worden ist. Ein Vergleich des letztverflossenen Wirtschaftsjahres mit dem Jahre 1932/33, das zur Hälfte noch in die Zeit der Republik fällt, zeigt, daß eine Zunahme des Gesamterlöses (pflanzliche und tierische Erzeugnisse) von 6,4 auf 8,2 Milliarden stattgefunden hat und daß sie so gut wie ausschließlich auf tierische Erzeugnisse entfällt. Der Gesamterlös ist um 1,8, der Erlös für tierische Erzeugnisse um 1,4 Milliarden gestiegen. Aber die verkauften Mengen bleiben hinter den Verkaufserlösen weit zurück. So stieg bei Schlachtvieh die abgesetzte Menge von 3,5 auf 4,2 Millionen to, das sind nicht ganz 20 Prozent, der Verkaufserlös von 2 auf 3 Milliarden Mark, also um 50 Prozent. An Kuhmilch und Eiern, diesen nahrhaftesten Mitteln der menschlichen Ernährung, waren 1932/33, dem Jahre der tiefsten wirtschaftlichen Depression, nicht weniger abgesetzt worden als im Jahre des Hitleraufschwungs 1934/35, aber es mußte für Milch und Eier fast um ein Drittel mehr bezahlt werden als damals. Selbstverständlich bedeutet der Mehrabsatz von Vieh nicht, daß mehr

Fleisch und Vieherzeugnisse verzehrt worden sind. Deutschland kann noch weniger als auf die Einfuhr pflanzlicher Erzeugnisse auf den Import von Vieh und Vieherzeugnissen verzichten, ohne daß die Volksernährung leidet. Aber gerade ihre Einfuhr, die den Hauptbestandteil der Lebensmitteleinfuhr überhaupt ausmacht, ist im Dritten Reich aufs schärfste gedrosselt worden. Seit 1932 ist die Einfuhr von Lebensmitteln um fast ein Drittel zurückgegangen. Die heimische Erzeugung ist aber nicht im selben Maße gestiegen, wie die Einfuhr gesunken ist. Mit der heimischen Erzeugung hat nicht zugleich die für die Bevölkerung verfügbare Menge von Vieherzeugnissen zu-, sondern eher abgenommen.

Noch schlimmer steht es mit den billigeren Volksnahrungsmitteln, die aber gleichfalls für Millionen von Menschen in Deutschland immer unerschwinglicher werden. An Brotgetreide wurden verkauft 1932/33 6,2, 1934/35 nur 5,8 Millionen to. Aber die Bauern könnten sich für den schlechteren Ausfall der Ernte nicht durch Absatz anderer pflanzlicher Nahrungsmittel schadlos halten. Es wurde in den beiden Vergleichsjahren genau die gleiche Menge Gemüse, 1750 Millionen to, abgesetzt, aber es mußten dafür 1932/33 154, 1934/35 196 Millionen Mark, also 15 Prozent mehr, aufgewendet werden. Kartoffeln wurden ganz unbedeutend mehr verkauft, aber sehr beträchtlich höher bezahlt. Es wurden 1932/33 8,8, 1934/35 8,9 Millionen to abgesetzt, aber 1932/33 dafür 255, 1934/35 427 Millionen Mark, also um 70 Prozent mehr, erlöst. Keines der Massenernahrungsmittel ist aber in dem Maße verteuert worden, wie gerade das billigste, die Hülsenfrüchte. Ihr Preis je to stieg von 222 auf 500 Mark, die verkaufte Menge sank von 44 auf 8 Millionen to, also auf etwas mehr als ein Sechstel, der Verkaufserlös von 10 auf 4 Millionen Mark, also nur auf etwas weniger als die Hälfte. Die Verteuierung der Nahrungsmittel hatte also eine Verschlechterung der Ernährung zur Folge.

Hat wenigstens dem Bauern die

Verbesserung seiner Einnahmen zur Verbesserung seiner Lebenshaltung verholfen? Das Institut für Konjunkturforschung selbst gibt zu, die Kaufkraft der Landwirtschaft habe nicht in gleicher Weise zugenommen wie die Verkaufserlöse. Weiter heißt es wörtlich:

»Besonders die Kaufkraft der Landwirtschaft für Verbrauchsgüter ist weniger stark gestiegen. Denn den erhöhten Bruttoerlösen stehen auch vermehrte Ausgaben für Betriebsmittel gegenüber.«

Das heißt in der diplomatischen Ausdruckweise, deren sich die Organe des Dritten Reiches befleißigen müssen, daß die Bauern sich weniger als vor seinem Ausbruch leisten können, weil noch stärker als ihre Einnahmen die Ausgaben gewachsen sind. Wem kommt diese Zunahme der Ausgaben zugute? Das wird vom Institut wie folgt beantwortet:

»So haben sich infolge des schlechteren Ausfalls der letzten Ernte teilweise die Aufwendungen für Futtermittel erhöht.«

Die schlechte Ernte hätte sich aber nicht in einer Verknappung und Verteuerung der Futtermittel auswirken müssen, wenn nicht die Futtermittelninfuhr zugunsten der getreidebauenden Großagrarien gesperrt worden wäre. Sodann sind die Bauern gezwungen worden von Herrn Darré, zugunsten seiner »Erzeugungsschlacht« erhöhte Ausgaben für Maschinen und Geräte sowie auch für Kunstdünger zu machen, und von Herrn Schacht, Schulzinsen und Steuern pünktlich zu entrichten, denn es wurden noch aus dem Krisenjahre erhebliche Zinsen- und Steuer rückstände übernommen, die jetzt allmählich abgedeckt werden müssen und die daher die Kaufkraft der Landwirtschaft für Konsumgüter ebenfalls vermindern. So wird der Bauer ausgeplündert und das Volk ausgehungert, damit den Junkern ihre Grundrente erhalten bleibt und damit Hypothekenbanken und Genossenschaftskassen imstande sind, ihre Gelder in der Schuldenwirtschaft des Dritten Reiches anzulegen.

G. A. Frey.

bleiben wird, das die Geschichte seit jeher den Henkern der Völker vorbehalten hat.

## Narren

Auch der Kreis München der NSDAP gibt ein Mitteilungsblatt heraus. Da es in der Hauptstadt der Partei und ihres Führers erscheint, wird man dem Blatt etliche Bedeutung beizumessen haben. Ein großer Teil der Nr. 12 ist mit einer Schicksalsfrage des deutschen Volkes angefüllt, nämlich mit der Frage, wie man sich zu uniformieren hat. Da sind vor allem die politischen Leiter der NSDAP, die immer noch nicht wissen, wie sie sich anzuziehen haben. Man erfährt scheußliche Dinge, Kommen diese doch schon recht gehobenen Kerls zu großen Veranstaltungen in Phantasie-Uniformen, »halb Zivil, halb Uniform«, und was das Allerschlimmste ist, manchmal sogar nur in Zivil. Und das in dem pazifistischen Staate des Weltfriedenskanzlers Adolf Hitler!

Nun muß ja allerdings die Lösung der Anzugfrage nicht ganz leicht sein, und oft wird einer in Gewissensqualen das Parteiprogramm und andere heilige Schriften studieren, um herauszukriegen, ob er den Marschanzug, oder den großen Marschanzug, oder den Dienstanzug, oder den Gesellschaftsanzug, oder den Festanzug zu wählen, welche Mütze, welche Dienstbluse, welche Hose und welchen Mantel er anzuziehen habe. Kopfzerbrechen wird ihm auch die Pistole machen. Da müssen wir allerdings den Münchener Befehlshabern zustimmen, wenn sie den Pg. einschärfen, die Pistole sei zum Schließen da und nicht zum Tanzen, also nicht unbedingt zum Gesellschaftsanzug getragen werden müsse.

Noch schwerere Sorgen macht die Silberkordel, die an der Mütze herumbaumelt, und die schwarze Krawatte, die das Kragenknöpfchen nicht verdeckt, und die Heidenfigur wird vollständig, wenn man diesen Befehl liest:

»Das Koppel ist fest am Körper anzuschließen, nicht lose am Bauch hängend.«

Die SA scheint ja allmählich dem Krähwinkler Landsturm nicht mehr viel nachzusehen. Ihr oberster Führer Adolf Hitler wird wohl auch über kurz oder lang ihre Uniform ausziehen und sich so kostümieren, wie es stilsicher und wahrheitsgemäß ist: als Mann der Reichswehr.

## Wer befiehlt wem?

Dr. C. Ungewitter, Hauptgeschäftsführer der Wirtschaftsgruppe Chemische Industrie, läßt sich im »Deutschen Volkswirt« wie folgt über Sinn und Bedeutung von Schacht »organischem Aufbau der gewerblichen Wirtschaft« vernehmen:

»Es handelt sich um eine Mittlerstellung zwischen Staat und Privatwirtschaft, welche dem Staat Anregungen und Informationen weiterleitet und vom Staate her Befehle übermittelte.«

So prompt wie die Kommandos irgend eines Standartenführers der SA werden die Befehle des Wirtschaftsführers nicht ausgeführt. Der »Gemeinschaftsgeist« wird nicht auf Kommando geschaffen. Unter Schachts Wirtschafts diktatur sind die Interessenkonflikte nicht geschwunden und ihre Austragung nicht eingestellt worden. Sie können sich unter der Diktatur um so ungehemmter austoben, als sie auf dem Wege der Beeinflussung von Personen und unter Ausschluß der Öffentlichkeit durchgesetzt werden. Es ist zumeist schwierig, festzustellen, wer hier befiehlt und wem befohlen wird. Herr Schacht herrscht, wer aber ist es, der regiert? Interessantes Material zur Beantwortung dieser Frage gewinnt man aus den merkwürdigen Vorgängen in der Zementindustrie.

Nirgendwo sonst sind die Fehlinvestitionen und die durch sie nutzlos verschwendeten Mengen von Kapital und Arbeitskraft so gewaltig wie in Deutschland. Die beispiellos straffe Kartellierung der deutschen Industrie hat die Anarchie der Produktion und der Produktionserweiterung nicht gemildert, sondern eigentlich erst entstehen lassen. Nirgendwo sonst aber war die Verschleuderung von Kapital durch Ueberinvestitionen und das Chaos der Produktion so grotesk wie in der Zementindustrie. Bereits im Jahre 1928, dem Jahre der Höchstproduktion, war die Produktionsfähigkeit der Zementwerke nur zu etwa zwei Dritteln ausgenutzt, ein Drittel war totes und daher verschwendetes Kapital. 1928 noch war die Industrie zu 90 Prozent kartelliert. Gerade die Uebergewinne der Kartelle hatten aber das Auftreten von Außenseitern begün-

stigt. Das ging soweit, daß neue Zementfabriken errichtet worden sind, nicht um zu produzieren, sondern um sie von den Syndikaten zu Ueberpreisen aufkaufen zu lassen. Schließlich kam es dahin, daß 1931 die Beschäftigung der gesamten Industrie auf ein Viertel ihrer Produktionsfähigkeit gesunken war, daß aber ein Teil der Außenseiterwerke vollbeschäftigt war und die Syndikatswerke zum größten Teil still lagen. Da die Außenseiter den Vorteil der besseren Ausnutzung ihrer Werke vor den Kartellmitgliedern voraus hatten, konnten sie die Kartellpreise mit Gewinn unterbieten. Eigentlich hätte dieser groteske Zustand zur Sprengung der Syndikate führen müssen. Die Kartellwerke wollten aber lieber ihre sicheren, durch Nichtproduzieren erzielten Gewinne genießen, als sich den Gefahren eines verschärften Konkurrenzkampfes mit zweifelhaftem Ausgange zu unterziehen.

Das Dritte Reich hätte es sehr leicht gehabt, mit diesen Zuständen ein Ende zu machen. Der erste Wirtschafts diktator des Dritten Reiches, Herr Schmitt, hatte sich selbst die Ermächtigung erteilt, Zwangskartelle anzubefehlen. Von dieser Ermächtigung ist aber gerade im Falle der Zementindustrie kein Gebrauch gemacht worden. Man begnügte sich damit, durch ein Investitionsverbot die Errichtung neuer und die Erweiterung bestehender Werke zu unterbinden. Damit war die Außenseitergefahr für die Syndikate zwar gemildert, aber nicht aus der Welt geschafft. Im Februar 1934 wurde auf Anordnung des Reichswirtschaftsministers den Außenseitern anbefohlen, nur zu Syndikatspreisen zu verkaufen. Das Verbot sollte den Außenseitern Lust zum freiwilligen Eintritt in das Syndikat machen. Deshalb war ihrer Gültigkeit eine Frist gesetzt, die Ende 1934 abgelaufen war und bis Ende Februar verlängert worden ist. Verlängert wurde aber bis dahin nur das Investitionsverbot, nicht die Preisbindung. Weder Investitionsverbot noch Preisbindung haben verhindern können, daß die Werke der Außenseiter voll und die der Syndikate, auf die 90 Prozent

der Gesamtproduktion entfallen, nur zur Hälfte ausgenutzt waren. Die Syndikate hatten den Außenseitern einen Teil ihres Absatzmarktes überlassen und waren jetzt auch bei gleichen Preisen nicht imstande, ihn zurückzuerobern. Umsoweniger konnte man sich über den Hauptpunkt des Streites, die Aufteilung der Gesamtproduktion und der Syndikate und Außenseiter, einigen. Die Taktik des Wirtschaftsführers, die Außenseiter, anstatt durch Zwang, durch sanften Druck zum Einschwenken zu veranlassen, hatte Flasko gemacht. Man mußte erwarten, daß nach Ablauf der verlängerten Frist die Außenseiter in die Syndikate kommandiert würden. Es hat nicht geringe Ueberraschung hervorgerufen, daß das gerade Gegenteil geschehen ist. Nach der Aufhebung der Preisbindung hat Schacht im März auch das Investitionsverbot fallen lassen, das Chaos in der Zementindustrie also gewissermaßen sich selbst überlassen. Man könnte meinen, Herr Schacht wolle beweisen, daß es auch ohne »gebundene Wirtschaft« und nur mit »freier Initiative« gehe und daß gerade die durch Monopolwirtschaft zerrüttete Zementindustrie gezwungen werden solle, als erste den Beweis dafür zu erbringen. So ist es aber keineswegs! Die negative Ordnung der Zementindustrie ist ein Geschenk an den Farbentrust. Wie »Der deutsche Volkswirt« berichtet, sollen nach Aufhebung des Investitionsverbotes Neubaupläne durchgeführt werden. U. a. wolle die I. G. Farbenindustrie ein Zementwerk zur Verarbeitung des Kalkes errichten, der bei der Schwefelsäurefabrikation aus Gips anfällt. Die Produktionsfähigkeit dieses Werkes soll nicht weniger als ein Sechstel der gesamten Jahresproduktion betragen. Da dieser Zement aus Abfall bei der sonstigen Fabrikation des Chemietrusts hergestellt werden soll, wird er so gut wie nichts kosten. »Der deutsche Volkswirt« sagt denn auch voraus, daß »sich die neuen Fabriken bei der Einführung ihrer Produkte kaum an die Syndikatspreise halten« werden. Anstatt das Außenseitertum zu beseitigen, wird das Feld für neues Außenseitertum freigemacht. Anstatt die Kapitalvergeudung der Ueberinvestitionen einzudämmen, werden neue Fehlinvestitionen ermöglicht. Die Folge wird sein, daß ein Teil der bisherigen Außenseiter gezwungen sein wird, zuzusperrn oder von seiner bisherigen Produktion einen Teil der I. G. zu überlassen. Wenn es so weit ist, wenn die Zeit der »Einführung« vorüber ist, wird der Chemietrust das Syndikat beherrschen und die Preise bestimmen. Seine niedrigen Produktionskosten werden also nur sehr vorübergehend der Bauwirtschaft in Gestalt niedrigerer Preise zugute kommen, die Monopolmacht nicht brechen, sondern stärken. Nicht um die Kosten der Autostraßen zu verbilligen, hat Schacht das Investitionsverbot gerade bei der am meisten überinvestierten Industrie aufgehoben, sondern weil ihm der Wille des Chemietrusts Befehl ist. Für die deutsche Kriegswirtschaft ist die I. G. Farbenindustrie, die eine industrielle Weltmacht ist und über das Zehnfache der Devisen von Schachts Reichsbank verfügen dürfte, unentbehrlicher als der Wirtschaftsführer Schacht und seine sämtlichen Unterführer zusammen. G. A. F.

## Adolf Hitler

### steht über Europa

Einer der schärfsten Propagandisten gegen den Katholizismus im Dritten Reich ist der Treuhänder der Arbeit in Köln, Staatsrat Börger. In einer Rede am 17. Mai drohte er mit der Todesstrafe für »kirchliche Hetzer«. Am 30. Mai hielt er abermals eine Rede, in der er direkte Angriffe auf den Vatikan unternahm. Er sprach von der »katholischen Weltanschauung, die auf Grund von Geschichtsfälschungen seit achtzehnhundert Jahren die Welt mit Blut und Tränen beschert hat.« Die Idee des Katholizismus sei die des Hasses der Völker gegeneinander. Juda und Rom wollten die Welt beherrschen, aber »Adolf Hitler steht über Europa und alle, die guten Willens sind, kommen zu ihm!«

Nach dieser Rede herrscht in weiten katholischen Kreisen ein Erstaunen darüber, daß Bischof Berning von Osnabrück immer noch gemeinsam mit Börger dem katholischen Staatsrat angehört.

## Ruck-Zuck

»Bei uns klappt alles im Ruck-Zuck! — Stirbt einer, so fließen keine Weibertränen. Schnell ein stilles Gebet, und dann weiter, die Aermel raufgekrempt, ran an die Knochenarbeit!«

(Aus einem Nazibuch »SA im Aufbruch«.)



# Liebesgabe an ein Gespenst

## Mackensens Staatsdomäne oder Wehrgeist als Geschäft

Nach siebzigundeinundsiebzig, nach einem siegreichen Krieg, der immerhin allen Deutschen die nationale Einigung und der Minorität der deutschen Kapitalisten ihre Ebenbürtigkeit mit Briten und Franzosen auf dem Weltmarkt brachte, ergoß sich, wie zwar nicht die patriotischen Lesebücher so sehr, als die Akten des preußischen Finanzministeriums vermeiden, ein wahrhaft goldener Segen in die Taschen der als Sieger heimgekehrten preußischen Staatsmänner und Heerführer. Otto von Bismarck ward gefürstet und erhielt Friedrichsruh mitsamt dem ganzen Sachsenwald zum Geschenk, aus dem er, der Donar einer untergehenden Zeit, dann später seine Blitze und Donnerkeile gegen den Enkel des königlichen Gentlemans schleudern sollte, der ihm zwar Hausmajorat und Herrensitz ließ, aber die Macht an sich selbst vermachte. Aber auch für Moltke und Roon und noch manchen anderen Rotgestreiften fielen damals wohlfundierte Fideikomnisse, recht arrondierte Latifundien, Domänen mit allem Zubehör für ein von nun ab großaristokratisches Leben ab. . . . So ganz wie bei dem stolischen Alt-Römer, der nach erfüllter Feldherrenpflicht, seinen Jungen an der Hand, zum bäuerlichen Pflug, zurückkehrte, ist das mit der legendären »altpreußischen« Tradition nie gehandhabt worden. Aber halten wir fest: Damals war der Krieg gewonnen und der Raum des Reiches wesentlich erweitert worden; die finanzielle und technische Verfassung der nationalen Wirtschaft bekam einen zunächst märchenhaft anmutenden Auftrieb: die Dotationen, die Wilhelm, »der Siegreiche«, freigebig verteilte, wurden von einem Volk mit steil aufsteigender Lebenskurve letztlich getragen!

Anderthalb Menschenalter darauf hat dasselbe Volk nicht etwa einen auf umgrenztem mitteleuropäischen Raum beschränkten militärischen Konflikt, sondern einen ganzen Weltkrieg verloren. Was der unleugbaren Tatsache folgte — Versailles mit internationaler Diffamierung, Reparation und Inflation, Bürgerkrieg und Massenarbeitslosigkeit und schließlich Hitlers barbarischer Krampf selbst — das ist ja eben die schauerliche Gegenwart, mit der als Kriegsfolge die deutsche lebende Generation geplagt ist. Die Schulfrage? Sie hat länger als anderthalb Jahrzehnt die Deutschen aufeinandergehetzt. Welchen wichtigen Personen und welchen wesentlichen Umständen man auch immer die meiste Verantwortung für das Debakel zuschieben will — auch das ist unleugbar, daß die deutschen Generäle, im heißen Juli 1914, die schwankende Staatsführung zur gewaltsamen Lösung pressend, die volle persönliche Verantwortung für das Gelingen des ungeheuerlichen Experimentes auf sich nahmen, daß ihnen das Volk, ja auch der Monarch in keiner Weise bei dieser Prerogative des militärischen Anspruchs in den Weg traten, daß sie ferner selbst diese persönliche Haftpflicht während der »großen Zeit« zur Begründung ihrer Form der militaristischen Diktatur und des S.-H.-O.-Absolutismus immer wieder ins Feld führten. Das deutsche Volk hat, als dann der Zusammenbruch trotz aller Opfer, allen Hungern, allen Elendes da war, als die geduldigste und eigentlich wehleidigste Nation in der ganzen europäischen Völkerfamilie die geschlagenen Militärs nicht etwa geköpft und nicht etwa gehenkt, wie es anderswo beinahe die Regel — die vielleicht nicht moralische, aber doch verständliche — war. Welche grandiose Verfälschung des geschichtlichen Sachverhaltes ist es aber, wenn jetzt das Dritte Reich dazu übergeht, die Tradition von siebzigundeinundsiebzig wieder aufleben zu lassen und Dotationen von Staats wegen zwar nicht an siegreiche, sondern an geschlagene ehemalige Militärs gelangen läßt!

Der Anfang ist jetzt mit einer metallisch klingenden Ehrung des Generalfeldmarschalls von Mackensen gemacht wor-

den: Hitler hat sich auf seinen Antrag vom Ministerrat die preußische Domäne Brussow, Kreis Prenzlau, übereisen lassen, um dadurch, daß er sie Mackensen zum Besitz überläßt, »den Dank des deutschen Volkes an den ruhmreichen Heerführer unvergänglichen Ausdruck zu verleihen« — so heißt es in der amtlich über den hanebüchlichen Vorgang herausgegebenen Meldung!

Aber ist wirklich erst der Anfang mit Mackensen gemacht? Hitler kann sich darauf berufen, daß Hindenburg ja schon lange vorher in den Genuß von

Bauernführer Darré wiederum saß gleich an der Quelle: Bei ihm bettelten die Deputationen der gleichgeschalteten Landwirtschaft förmlich darum, ihnen doch nur gar keinen Korb zu geben, wenn sie ihm als »Dankeswerk der befreiten Bauernschaft« ein großes Rittergut vermachten. Aber dann — und das war vor heute genau anderthalb Jahren — hakte es mit einem Male aus: Das kam so, daß sich der bayrische Bauernführer sagte, daß das, was dem Darré billig ist, ihm selbst nur recht sein kann, und sich nun auch kostenlos seinen Erbhof zulegte; da schritt Herr

aufgenäht und schreckt deshalb nur solche harmlosen Gemüter, die die Zusammenhänge weniger kennen und allein die Kriegstätowierung auf sich wirken lassen. Nach dem Kriege aber wurde Mackensen mit der Hurraflüte ungefähr das, was Herr Hugenberg mit dem schwarzen steifen Hut war: unentwegter Repräsentant der »guten alten Zeit«. Herr Hugenberg haben die regierenden Nazis kürzlich wieder »den großen Patrioten« genannt, obschon es sehr saftig seinerzeit zugegangen sein mag, als der ehemalige Krupp-Direktor den Dienst im Hitler-Laden verlassen mußte. So schlängelt man sich eben, weil allgemach die innerpolitische Puste den braunen Usurpatoren ausgeht, an die »feinen Herren«, die »monarchistische Reaktion«, die man gestern noch mit allen Gestapo-Manieren blutig verfolgt hat, wieder heran: Gestern durch ein Huldigungstelegramm an den siebzigjährigen Hugenberg, heute durch eine Morgengabe auf Allgemeinheitskosten an den »Sieger von Gorlice.« Ueberschrift: Deutschlands Kampf um seine Ehre!

An dem Tage, an dem der Hitlerbeschluß über die Brussower Domäne erging, hat die Französische Akademie ihr dreihundertjähriges Bestehen gefeiert. Die Akademie-Mitglieder waren zu einer Feiersitzung zusammengetreten und haben sich auch im Bild der Öffentlichkeit gezeigt. Nun, da sitzt neben dem Mathematiker Painlevé der Marschall Petain, ebenso bescheiden im schwarzen Gehrock, wie alle seine 38 Akademie-Kollegen. Da sieht man in derselben sehr bescheidenen und sehr bürgerlichen Aufmachung den Marschall Franchet d'Esperey und den General Weygand. Sie alle sind siegreiche, und nicht geschlagene Feldherren. Ob sie aber wohl auch ihren Freunden die Domänen vorweisen können, die ihnen darob die dankbare Republik geschenkt hat? Was würde Herr von Mackensen wohl für eine Figur machen, wenn ihn das Hitlerreich, statt ihm eine Domäne zu schenken, für würdig befunden hätte, etwa neben dem Historiker Oncken oder dem Theologen Barth Gedanken über vaterländische Geschichte oder Gott im Universum auszutauschen?! E. H.

## Die großzügige Spende

oder: »meine Kasse, deine Kasse«

Folgender Telegrammwechsel geht durch die gesamte deutsche Presse:

»An den Stabschef Lutze, Oberste SA-Führung, München: Zu dem vom Führer angeordneten Reichswettkampf der SA stelle ich Ihnen mit der Bitte, über die Verwendung des Betrages selbst Bestimmungen treffen zu wollen, aus Mitteln des Zentralverlages den Betrag von 100.000 RM zur Verfügung.

Heil Hitler! Ihr gez. Amann«

»An den Reichsleiter der deutschen Presse Amann:

Lieber Parteigenosse Amann! Für die großzügige Spende von 100.000 RM., die Sie für den Reichswettkampf der SA gestiftet haben, sage ich Ihnen zugleich im Namen der gesamten SA Deutschlands meinen Dank. Sie können versichert sein, daß die Summe nur den Einheiten selbst zugute kommt.

Heil Hitler! gez. Lutze«

Der »großzügige« Amann hat das Geld zwar nicht aus seiner, sondern aus der Parteiverlagskasse gestiftet, aber der Dank scheint dennoch aus irgendwelchen nicht ersichtlichen Gründen ihm selbst zu gebühren. Eigentlich, so sollte man meinen, wäre er den ungezählten kleinen Pgs, Beamten, Studenten und Arbeitern zu spenden, die ständig auf kaltem Wege gezwungen werden, die Blätter des Eher-Partelverlages zu abonnieren, seine Broschüren und Bücher zu kaufen. Das heißt: sie müssen natürlich nicht, sie verlieren nur die Arbeit, wenn sie sich weigern.

Aus den also erpreßten Geldern wurden, wie die oben zitierten Telegramme behaupten, nunmehr »100.000 Mark gestiftet«. Sind es

## Das System



Neudeck gekommen war, als vom Dritten Reich noch gar nicht die Rede war. Aber es steckt eben in dieser Verkitschung oder auch Notzüchtigung der Weltgeschichte auch der ganze Fluch des Historischen darin. . . . Neudeck, seine Steuer- und seine Subventionswirtschaft, waren nicht zuletzt der Grund dafür, wieso die Hochstapelei des Dritten Reiches überhaupt erst beginnen konnte! Davon werden später die Urkunden in den Archiven genau so einmal erzählen, wie von der Wirklichkeit des Reichstagsbrandes!

Und auch darauf mag sich der »Führer und Reichskanzler« berufen, daß es im Dritten Reich, das angeblich die deutsche Welt von rund 40.000 kaviar- und hummerfressende Bonzen erlöst hat, keineswegs mehr irgendwie unmoralisch erscheint, staatlichen Besitz und Besitz der Allgemeinheit als den eigenen und privaten zu reklamieren! Mit Hitlers alpinem Besitz fing das an. Kaum hatte es der Göring erfahren — im Bürgerkrieg mindestens ein ebenso erfolgreicher Durchbruchstrategie, wie Mackensen im Weltkrieg — ließ er sich dicht daneben ein ähnliches Arrondissement verehren. Der

von Epp ein, enthronete den smarten braunen Geschäftsmann und das Dritte Reich war um einen Bonzen, freilich einen nur geringerer Güte, ärmer. . . . Wer schreibt einmal die blutige Satire dieser Differenzialrechnung der braunen Liebesgabenwirtschaft?!

Herr von Mackensen hat sicherlich dem Dritten Reich, wie der Berliner sagt, immer nur so la la gegenübergestanden. Das kommt daher, daß er als der Hauptexponent der Monarchisten unter den ehemaligen Kriegsgeneralen galt. Er war eben unter dem Wilhelmismus ein besonders gehätschelter Günstling gewesen. Als der Kronprinz bei der Marokkoaffäre politisch aus der Reihe tanzen wollte, vielleicht auch seine Amourschaften an der Spree der vor lauter Tugendhaftigkeit förmlich glänzenden kaiserlichen Mutter schweren Verdruß bereiteten, wurde er nach Langfuhr bei Danzig, wo Mackensen damals kommandierender General war, gewissermaßen bei diesem selbst in Zwangserziehung gegeben. Der Totenkopf an der historischen Husarenmütze des Kavalleristen ist auf diesem schulmeisterlichen und hofmeisterlichen Hintergrund



wirklich 100.000 Mark? Ein Teil der Zeitungen verrät uns näheres über die Verwendung des Betrages:

1. Die Siegerstürme erhalten für jeden Mann ihrer Einheit Ausrüstungsgegenstände wie Stiefel, Mäntel, Zeitbahnen, Tornister, Kochgeschirre usw.

Diese Gegenstände werden natürlich aus der »Reichszeugmeisterei« bezogen, so daß schon aus diesem Geschäft ein beträchtlicher Teil des Geldes an die Partei zurückfließt. Aber es kommt noch besser:

2. Der Siegersturm jeder Gruppe erhält eine ausgewählte Bücherei aus Werken des Eher-Verlages. 3. Die Standarten, deren Stürme gesiegt haben, erhalten für jeden Sturm ihrer Einheit den kostenlosen Bezug der Zeitung »Der SA-Mann« auf die Dauer eines Jahres. 4. Die Führer der Siegerstandarten erhalten in Anerkennung ihrer Leistungen je eine Sonderausgabe »Mein Kampf« als Ehrenpreis.

Hier wird der Schwindel eindeutig klar. Alle zur Verteilung kommenden Buch- und Zeitschriftenpreise werden bei dem Verlage gekauft, aus dessen Kasse die Stiftung stammt. Wenn nach Abzug des Verlagsgewinnes noch ein Drittel der mit großem Getöse veröffentlichten Summe übrig bleibt, so ist es viel. Die »Großzügigkeit« der braunen Spender übersteigt in der Tat alles Dagewesene, zumal Herr Amann, der sogenannte Stifter, als wohlbestallter Direktor des Eher-Verlages ein starkes Interesse an der Hebung des Umsatzes hat.

Man steckt das Geld von einer Parteikasse in die andere und nimmt dabei Gelegenheit, einander in der Presse, in feierlichen Ansprachen und Telegrammen zu bespödeln.

## Tante Berlin

Zuchthof mit Zuschuß.

Um der Kinderzeugung auf die Beine zu helfen, hat der braune Berliner Stadtrat beschlossen, etwas Rassezüchterisches zu unternehmen; die Reichshauptstadt wird für 2000 Kinder Ehrenpatenstellen übernehmen und zwar für dritte und vierte Kinder einer Familie. Begeistert berichtet ein Berliner Brief der Hildeheimer Allg. Ztg. über die »Tante Berlin«:

»Voraussetzung« ist die erbbiologische Hochwertigkeit der Eltern und der ganzen Familie, die streng untersucht wird. Gefordert wird, daß die ganze Lebensführung der Familie, ihre Leistungen und die Art, wie sie die beiden ersten Kinder aufgezogen hat, den Beweis liefert, daß auch das dritte und vierte Kind ein besonders wertvolles und vollgültiges Glied der Nation wird. Deshalb mußten bisher von allen Anträgen bereits 52,5 v. H. abgelehnt werden. Nur 17,5 v. H. wurde bisher angenommen.

Man kann sich denken, welche Gesinnungslumperei und Günstlingwirtschaft damit gefördert werden, denn die »Hochwertigkeit« wird von den hakenkreuzlerischen Zuchtprüfern mit nach der Devotion bemessen, die Eltern und Kinder für das braune Schandsystem bekunden.

»Jedes Kind, bei dem die Stadt Berlin die Ehrenpatenschaft übernimmt, erhält im ersten Jahr einen Erziehungszuschuß von 30 Mark im Monat, im

## Der Herr Einjährige

Von F. E. Roth.

In einem Aufruf an die Studentenschaft, den der deutsche Reichsunterrichtsminister Rust im Einvernehmen mit dem Reichswehrminister Blomberg jetzt erlassen hat, wird bekanntgegeben, daß der einjährig-freiwillige Dienst von den Jahrgängen 1910 bis 1913 noch geleistet werden kann, wenn die Meldung zum Militärdienst bis zum 30. Juni erfolgt ist.

Selbst Erich Ludendorff, der neuen Zeit auch für sein rauhes Fach nur wenig zugeneigt, hat ihn in seinen Kriegserinnerungen gestäubt und hingerichtet; dennoch lebt er noch, quält seinen Hals in einen viel zu hohen, viel zu steifen, viel zu engen Uniformkragen, klappt hörbar aus nicht erkennbaren Anlässen mit den Absätzen seiner lackierten Zugstiefel und kostet im übrigen seinem Erzeuger eine schwere Menge Gold (na ja, schließlich hat man sein Ideal nicht umsonst!) — nämlich der Herr Einjährig-Freiwillige. O du seliges und sinniges, auswattiertes und wie in Stanniol eingewickelter Echo aus einer verzauberten und verschollenen Welt, gültigster und farbenfroherer Repräsentant jener sagenhaften Vorkriegs-epoche, auch »Friedenszeit« genannt.

In dieser sagenumwobenen Welt waren Sie, Herr Einjähriger, Garant der Ordnung und der Sitte — nicht schlechter, fürwahr, als Pastor und Stationsvorsteher, Kronenorden vierter Güte und Allgemeines Ehrenzeichen! An der Wölbung Deiner bunten Brust, wo ein natürlich erstklassiger Maßschneider die Natur erfolgreich korrigierte, brach sich aller Umschmiß wie die Flut an Wellenbrecher,

# Kleiner Baedeker

## für reisende englische Frontsoldaten

Wenn Sie nach Deutschland fahren, meine Herrn,  
So machen Sie sich dieses Merkblatt zu eigen!  
Wir versahen alles mit einem Stern,  
worüber höfliche Gäste schweigen.  
Verzeihn Sie, Ihr Takt ist uns selbstverständlich bekannt,  
nur — begreifen Sie recht — es ist ein sehr seltsames Land.

Es gibt wohl dort drüben Menschen genug,  
die gerade wie Sie dem Frieden dienen,  
doch wäre es — \* Stern 1 — sehr klug,  
sie fragten besser nicht nach ihnen.  
Man hat sie in schalldichte Kerker verbannt,  
denn es ist, wie gesagt, ein sehr seltsames Land.

Ein Teil von ihnen starb auch über Nacht,  
man flüstert im Reiche, sie seien erschlagen.  
Es ist — \* Stern 2 — durchaus nicht angebracht,  
nach den Umständen ihres Todes zu fragen.  
Zwar hielten auch sie an der Front dem Blutregen stand,  
doch das zählt nicht mehr mit. — Ein sehr seltsames Land.

Auch mancher Jude ging als Held durchs Ziel.  
12.000 tot und mehr noch zu Krüppeln geschossen.  
Auf's Hundert waren es genau so viel  
wie bei den »arischen« Volksgenossen.  
Ein Kranz, den die Juden zu Ehren der Toten gesandt,  
ward vom Denkmal getetzt. — Ein sehr seltsames Land.

\* Stern 3: von Juden spricht kein braver Gast.  
\* Stern 4: ganz Deutschland ertrinkt in Wallen,  
doch Sie sehen das nicht, ignorieren die Hast,  
mit der man sich eine Armee geschaffen,  
so drohend, wie Wilhelm sie niemals gekannt.  
Denn man rüstet zum Frieden. Ein seltsames Land.

\* Stern 5, 6, 7 — seien sie mild,  
und versuchen Sie eines zu verstehen:  
es ist nur ein boshaft verzerrtes Bild,  
es ist gar nicht Deutschland, was Sie da sehen.  
Es ist nur ein Kranker, gequält von hebrischem Brand,  
ein geknechtetes, armes, kettenbeladenes Land.

Mit hohen Herren sitzen Sie dort bei Tisch,  
die beste Gesellschaft ist zahlreich vertreten,  
die Reden sind laut und der Wein ist frisch —  
nur Deutschland ist nicht mit zur Tafel gebeten.  
Sein Anblick wird Reisenden taktvoll erspart,  
darum fürchten Sie gar nichts — und — glückliche Fahrt!

Hugin.

zweiten bis zum vollendeten 14. Lebensjahre einen Zuschuß von 20 Mark im Monat. Man wird die Entwicklung und den Lebenslauf der Ehrenpatenkinder genauestens beobachten, studieren und beeinflussen können — ein hochbedeutendes wissenschaftliches Material zum Studium der rassistischen Entwicklung der städtischen Bevölkerung wird sich dabei ergeben. Das macht dieses Experiment der Förderung eines neuen rassistischen Adels und der neuesten Rolle der Stadt Berlin als 2000fache Patentante so interessant.

Es wird ein »rassistischer Adel« sein, bei dem Lumperei und Käuflichkeit Pate stehen, denn wenn sich bei Eltern oder Kindern die »rassistische Gesinnung« etwa zu einer eignen Meinung entwickeln sollte, wird der Zuschuß gestrichen. Die Bezuschußten werden immer unter Kontrolle stehen:

»Unser ernsthaftes Interesse wird immer bei den Patenkindern sein, wir werden sie verfolgen, wie sie sich in der Schule machen, ob sie früh das goldene Sportabzeichen erwerben, ob sie Werke von wissenschaftlichem oder wirtschaftlichem Rang schaffen, ob sie Professoren oder Industriekapitäne werden, ob sie weiter Väter und Mütter kinderreicher Berliner Familien werden, ob sie überhaupt in Berlin bleiben oder wieder hinaus ins Reich ziehen, ob sie von unserer Liebe und Förderung getragen in die Vorderfront der Nation treten oder wieder in der großen Masse untergehen. Wir vier Millionen werden das Schicksal der Zweitausend mit dem allergrößten Interesse begleiten«...

Die vier Millionen werden diesen schamlosen korrupten Züchtungsrummel, der auf Kosten verelendeter Massen verübt wird,

Deine Existenz allein bestätigte es, daß damals die Aktien noch nicht dividendenlos und die blauen Hundertmarkscheine noch in Gold bei der Reichsbank zahlbar, die besseren Leute aber noch mitnichten ausgestorben waren. Wie lange ist das doch her! Und inzwischen ist ja auch einiges passiert, Einjähriger redivivus — Du, Kitsch alles wilhelminischen Kitsches, Mischung von Hornbrille und Schrapnell, von Humanismus und Bauchwelle...!

Damals hatte es sich wahrhaftig was — das mit den schwarz-weißen Schnürchen am Achselstück! In der Geschichte der menschlichen Tragik und der der Komik (aber das liegt ja meist dicht übereinander) bildete das ja ein eigenes großes Kapitel. Wie viel unbeschwertes Kinderglück, echte Lausbubenseligkeit ist um dieser dummen Schnürchen willen zu Grabe getragen worden! Auf wie viele tintenbektelte Schulbänke Alldeutschlands sind um ihretwillen die hellen Jungentränen gekollert! Wie viele Mütter bekamen daran Herzkämpfe und wie viele Väter stürzten sich ihretwegen gerauschten Haares in Weltschmerz und Nihilismus! Wer nicht »mindestens« das Einjährige sich eroberte oder auch erschlich, indem er den unschuldigen Pythagoras mißhandelte und Cäsars Gallischen Krieg durchs Wörterbuch drehte, war nur ein halber Mensch. —

»Wo haben denn Herr Landgerichtsrat gedient?«

»Bei Feldartillerie Magdeburg, viertes schlesisches Numero sechs, war schon bei Mars la Tour dabei!« — — —

Das war der Herr Einjährig-Freiwillige, wohlgenötigt und wie kartoniert nach der

nicht nur mit »allergrößtem Interesse«, sondern mit wachsendem Mißmut begleiten, und es fragt sich nur, wo die braunen Schleiber sein werden, wenn die Patenkinder ihre ersten Schulzeugnisse heimbringen.

## Sie bespucken sich selber

Das Reichsrechtsamt der NSDAP, unter Leitung des Dr. Frank stehend, hat unlängst »Nationalsozialistische Leitsätze für ein neues deutsches Strafrecht« herausgegeben. Nach Aufzählung der künftig geltenden Straftaten — Todesstrafe, Ehrloserklärung, Zuchthaus, Gefängnis, Haft, Vermögensstrafe, Verweis — wird darin ausdrücklich betont, daß andere Straftaten abzulehnen seien. Insbesondere gelte das für die Prügelstrafe.

»Ihr Vollzug«, so heißt es wörtlich, »ist dem, der sie vollziehen soll, nicht zuzumuten.«

Dieser Satz enthält ein schwerwiegendes Geständnis. Reichsleiter Dr. Frank weiß natürlich, was in deutschen Konzentrationslagern, SS-Kasernen, Polizeistuben, Untersuchungsgefängnissen und Gefängnissen vor sich geht. Seine Mitarbeiter und die höchsten Stellen, denen die Leitsätze zur Prüfung vorgelegt wurden, wissen es genau so gut. Sie alle haben dennoch den Satz gebilligt, und nun ist er veröffentlicht.

Da wandert er nun durch die deutschen Zeitungen, der Satz, und erhebt gegen seine Verfasser eine Anklage, wie sie schneidender kaum gedacht werden kann. Die Verantwortlichen des Dritten Reiches heißen zwar die Folterung wehrloser Gefangener gut, sie sehen wohlwollend zu, wie ihre braunen Werkzeuge schuldlose Menschen zu Krüppeln schlagen, in den Wahnsinn treiben, zu Tode peitschen, auf teuflische Art ermorden. Aber sie, die Führer, behaupten gleichzeitig, sich dessen bewußt zu sein, daß die Prügelstrafe eine Erniedrigung ist. Nicht nur für den dulddenden Teil — das wäre dem totalen Staat sehr gleichgültig — sondern mehr noch für den Vollziehenden. Aber und aber tausend braune Blüten der Nation reißen sich darum, diese Vollziehenden zu sein.

So wissen denn die Führer, daß ihr ganzer Staat, der nur durch blutigen Schrecken aufrechtzuerhalten ist, von Ehrlosen gestützt wird, von Kerlen, die sich freiwillig erniedrigen. Von Lumpen, die nicht etwa im ersten Zorne zuschlugen, die vielmehr kühl und bedacht durch Jahre hindurch ein ganzes System der Menschenschinderei ausgearbeitet haben, das sie täglich zur Anwendung bringen. Die Diktatoren wissen all dies, und preisen dennoch mit viel schönen Reden ein Staatsgebilde, dessen scheinbare Stabilität auf Prügelzellen und Folterhöhlen beruht und das zu erhalten daher — ihrer eigenen Meinung nach — »niemandem zuzumuten ist«.

Wenn sie sich ehrlich zur Prügelstrafe bekennen hätten — man könnte sich mit ihnen auseinandersetzen. Da sie's nicht tun, kann man sie nur verachten, denn sie sind nicht nur brutal, sie sind auch feige und verlogen. Zu welcher Methode, die sie anwenden, zu welchem Grundsatz, nach dem sie handeln, bekennen sie sich eigentlich?

Zahlungsfähigkeit der staatsverhaltenden Schicht. Volksschullehrers Söhne und die Brut aus dem Heim des staatlich geprüften Schornsteinfegermeisters dienten mit Ach und Krach ihr Jahr bei der Infanterie ab; das kostete nicht mehr (in Büchern und Taxen war das offiziell angegeben) als etwa dreitausend Mark pro Krieger und Jahr. Der Sproß des Herrn Landgerichtsdirektors oder Kistenfabrikanten landete mindestens bei der reitenden Artillerie, sozusagen der Kavallerie auf vegetarisch; Kostenpunkt für Krieger, Gaul und Jahr mindestens sechstausend Mark. Die Dauphine aber der Kommerzien- und Geheimen Kommerzienräte taten es nicht anders als bei den Husaren, Dragonern oder Ulanen und steckten zehn-, vielleicht auch zwanzigtausend und mehr Mark ins patriotische Verpflichtet-Sein. Das Vaterland gliederte sich auch an diesem Punkt wie in die verschiedenen Falten des Portemonnaies, wie man es damals noch mit Sinn trug; hinten staken die Pfennige, in der Mitte lachten die Taler und ganz vorn glänzten die Zwanzigmarkstücke.

Wer bei der Kavallerie diente, wurde eo ipso später Leutnant der Reserve; bei der Feldartillerie nur in Ausnahmefällen nicht. Aber bei der Infanterie war's oft ein Kreuz. So planvoll suchte sich das Vaterland diejenigen aus, die »im Ernstfalle« mit dem Degen in der Faust, der Truppe weit voranzutretend, usw. usw. Konnte ein Schornsteinfegersohn auch nur bei den Latschern Offizier werden? Bei Gott, das konnte er nicht! Manchmal freilich, wenn der Herr Einjährige wirklich ein guter Soldat war, war der Herr Oberst gnädig; dann gab er

nach Hause einen Typ und der Herr Sohn schrieb dann in der Rubrik »Väterlicher Beruf: Zivillingenieur für Wärmetechnik. Er konnte Leutnant werden...«

Vorschriftsmäßig war beim Herrn Einjährigen der Scheitel, vorschriftsmäßig der bewußte Finger an der Hosennaht, die Haltung des Gesäßes, die Gesinnung — alles, mit einem Wort, war Vorschrift! So ging es schließlich, als die Zeit reif ward, in den großen Krieg. Dort fiel, vorschriftsmäßig, die eine Hälfte. Die andere zog sich, nicht weniger vorschriftsmäßig, in die Etappe zurück und schwur sich, daß die große Zeit nie, nie für sie zu Ende gehen dürfe. So entstand jene große Zäsur der Geschichte, auf Grund derer Idealisten und Schwärmer hofften, daß der Herr Einjährige als solcher ausgestorben sei, wie das Mammut in der Sintflut.

Wie? Trugst Du, Freund, auch die schwarz-weißen Schnürchen noch im giftgeschwollenen Trommelfeuer der Sommeschlacht? Hat der »Kamerad Putzer« Dir noch den Affen gepackt, die Stiefel geölt, das Seitengewehr poliert, als es hieß, am Douaumont in den Schoß der Erde zu kriechen, Sandsäcke und Flammenwerfer vor. Du oder ich, wer kommt lebend aus dem Tartaros? Vier schreckliche, aber durch Wahrheit ausgezeichnete Jahre ließen den Selbstbetrug Einjähriger elend und ruhmlos verenden...

Zwar bekam er, ganz zu guterletzt, noch so eine Art Zwillingbruder, der dann auch mit ihm zugrunde ging. Das war der »Herr Feldwebelleutnant!« Das war der Mann, der gut genug war, Offizier zu sein, ohne es



# Junker, Krämer und Bolschewiki

## Warum will Hitler zuerst gegen Rußland marschieren?

Jahre hindurch haben Deutschland und Rußland miteinander in Frieden gelebt. Seit Hitler tobt sich ein wilder Antibolschewismus aus. Angeblich gefährde Sowjetrußland die Unabhängigkeit Deutschlands. Aber ist das wahr? Hat Rußland irgendwelche scharfe Gegensätze zu einem Deutschland, das nicht junkerlich-krämerhaft ist? Diese Frage muß verneint werden. Und niemand anders hat es gründlicher getan als der General v. Seeckt, der doch wahrlich nicht in dem Rufe steht, ein Bolschewik zu sein. Nach einer gründlichen Analyse der deutsch-russischen Beziehungen stellte er fest, daß keine auf geographischer, historischer oder rassemäßiger Grundlage beruhenden Gegensätze zwischen den beiden Ländern bestehen. Ja, Seeckt hält Rußland sogar für einen guten Freund Deutschlands. Auch andere Kräfte, die in Deutschland am Werke sind, stehen dem nationalsozialistischen Antibolschewismus ablehnend gegenüber. Die Wirtschaftskreise suchen im Gegenteil sogar Anschluß an Rußland, wie nicht nur das jüngste Abkommen beleuchtet. Führende großindustrielle Zeitungen fordern eine sachliche Haltung gegenüber Sowjetrußland. Es geht also auch nicht um die Eroberung deutschen Lebensraumes für den Kapitalismus. Nein, Hitlers Kriegsdrohungen gegen die Sowjetunion beruhen auf den kleinsten Interessen von Junkern und Krämer. Die Junker des östlichen Deutschland stehen seit Jahrzehnten immerfort vor dem Ruin. Durch ihre riesigen Subventionen, durch die unerhörten Zölle und die phantastische Verteuerung aller Lebensmittel auf dem deutschen Markt drohen sie das Volk mit in die Katastrophe zu ziehen. Den politischen Einfluß, den sie nach dem Kriege verloren hätten, konnten sie im heutigen Deutschland in einem hohen Maße zurückerobern, vor allem aber hat ihnen das Dritte Reich ihre parasitäre Existenz gesichert. Schon im Jahre 1930 betrug die Belastung der deutschen Wirtschaft durch Agrarzölle über 4 Milliarden Mark! Subventionen, Roggenpreisstützung und Osthilfe, Kredite und andere Zuwendungen an diese bankrotte Wirtschaftsgruppe sind da noch nicht mit einbezogen. Heute sind diese Zahlen noch weitaus phantastischer.

Als es nicht mehr möglich erschien, diese Belastung weiterhin zu ertragen, und Schleicher wie zuvor Brüning an die östliche Agrargeschulst heranzugehen beabsichtigten, hat sich die reaktionäre Junkerschaft mit anderen reaktionären Schichten, deren Interesse ebenso wie das der Agrarier auf die Abkoppelung Deutschlands vom Weltmarkt hinauslief, vereinigt. Diese wichtige Machtstütze der nationalen Erhebung hat gegen jeden Versuch von Besiedlung ihres Bodens gekämpft und schrie immer lauter nach Staatshilfe und Zöllen. Modernisierung seiner Betriebe kannte diese Schicht nicht, um so mehr waren ihr die überseeischen und russischen Mäh-

drescher, Traktoren und Genossenschaften verhaßt, denn hier wurden die Grundlagen des deutschen Agrarismus völlig unterwühlt, die moderne Zeit, den Junkern so verhaßt, erfaßte auch die Landwirtschaft der Welt und schleuderte somit die ostelbische immer tiefer in den Abgrund hinein. Zugleich schreien im Innern die Bauern nach billigen Futtermitteln und die Bauernsöhne nach Land. So bleibt dem deutschen Junkertum nichts anderes übrig, als durch den Krieg gegen die Sowjetunion neue Gebiete zu okkupieren, die Konkurrenz nach dem im Innern angewandten System statt mit Verstand und Technik auch international mit den Mitteln der Politik und der Gewalt zu vernichten. Der Diktatur im Innern entspricht also der Krieg nach außen. Es ist der reinste Interessenkrieg einiger deutscher Junker, den die nationale Erhebung da vorbereitet. Der Großgrundbesitz will seiner Zerschlagung durch Eroberung im Osten entgehen.

Es ist kein Zufall, daß Hugenberg, der reaktionäre Junker, in seiner Denkschrift für die Weltwirtschaftskonferenz Kolonien einerseits und einen Siedlungsraum im Osten andererseits forderte. Von jeher waren die Junker rußlandfeindlich, ihre große antirussische Mission haben sie nicht erst jetzt entdeckt; das russische Getreide war zu billig und bedrohte die Agrarier lebensgefährlich. Andererseits war die Rußlandfeindschaft zeitweilig durch die Sympathie mit dem damaligen politischen und sozialen Zustand Rußlands gemildert. Heute aber kommt zu der ökonomischen Bedrohung durch die Modernisierung Rußlands auch noch die politische. In voller Uebereinstimmung mit Hitler können sich die Herrschaften nicht vorstellen, daß bestimmte soziale Ideologien aus den Verhältnissen ihres eigenen Landes erwachsen, nehmen daher an, daß der Klassenkampf russische Importware ist, wo er doch in Europa weitaus schärfer war, längst ehe es einen Bolschewismus gab. Aber zu dem wir wissen ja, »Bolschewismus« ist für die deutschen Junker und die beschränkten Krämer alles dies, was für die Gutshöfe und die gute Stube nicht mehr staubig genug ist. Zerschlagung der Riesenlatifundien — das war früher das Erwachen des Bürgertums, heute nennt man es Bolschewismus. Auf diese Weise hat Deutschland ja bekanntlich einen katholischen Zentrumspolitiker und einen General in Bolschewikis verwandelt sehen. Für die Junker sind Brüning, Schleicher, Lönin eine heilige Dreieinigkeit!

Aber es ist kein Zufall, daß der Nationalsozialist Rosenberg den Agrariern eine Außenpolitik gab, die ihnen nicht neu ist. Das reaktionäre Kleinbürgertum Deutschlands fürchtet sich zu einem großen Teil ebenso vor der Modernisierung der Welt wie die Agrarier des deutschen Ostens. Schließlich sind sie ja beide davon be-

droht, weil der lebendige Widerspruch zu unserer Epoche. In der Entwicklung der Maschinen sehen sie nichts weiter als ihren Ruin, so hassen sie die Industrialisierung drinnen und draußen. Und nun steigt zu aller Bedrohung da in Asien noch ein neuer Kontinent aus jener Vergangenheit hervor, die man oft so besingt, weil man sie nicht mehr in ihrer Grausamkeit kennt. Wie hat doch Hitler auf diese »unvernünftige Industrialisierung« Rußlands gefucht! Wir haben schon ein Zuviel an Industrie und nun kommt auch noch der Bolschewismus damit an. Darüber hinaus aber fürchtet er die weitere Industrialisierung und Proletarisierung, muß er doch dadurch auch im Innern — schon um kriegsfähig gegen seinen Todfeind zu sein — weiterhin industriehaltend wirken und so in ein neues Dilemma gegenüber seiner kleinbürgerlich-antitechnischen Basis geraten. Immer stärker wird der industrielle Faktor. Und aus Furcht davor hat der Reaktionär Hitler einen Augenblick sogar gegen die »Autarkiebestrebungen Rußlands« gewettert — natürlich nur soweit sie Deutschland gefährden. Rohstoffe gibt es in Rußland, wozu künstliche in Deutschland herstellen, Getreide gibt es dort auch billig, wozu das deutsche, das das teuerste der Welt ist? Aber nein, solche Konsequenzen zieht er nicht, wir wissen jedoch, daß deutsche Industrielle sie ziehen, doch die sind im Moment völlig unterlegen. Rosenberg, die Junker und die Krämer beherrschen — trotz gewisser offener und latenter Gegensätzlichkeiten — die deutschen Außenpolitik. Und trifft es auch nicht zu, daß die deutsche Reichswehr noch junkerlich ist, so hat sie doch noch einen Flügel, der mit diesen Schichten durch Tradition, Ideologie und Interesse verbunden ist. Dieser Flügel ist zunächst maßgebend, und er hat auch die Schleicherpolitik bekämpft und in einer Denkschrift gleich Anfangs 1933 die Notwendigkeit des deutschen Großgrundbesitzes für die Kriegswirtschaft betont. Ihr Repräsentant scheint Blomberg zu sein, der sagte: Europa ist zu klein geworden für einen Krieg. Unsicher zu erraten, daß er meinte, man soll ihn nach Asien tragen. Auch Hitler sagte ja, in Europa ist nichts mehr durch Kriege zu erreichen. Und seine ganze Rede lief ja darauf hinaus: gebt uns freie Hand gegen Rußland. Und die Ablehnung des Ostpaktes wurde vor allem damit begründet, daß es im Konfliktfall besser sei, wenn sich die Welt von beiden Teilen zurückzieht.

Wenn ein so beschränkter Spießer sich dessen nicht bewußt ist, daß es im Zeitalter der Weltwirtschaft keinen lokalisierten Krieg mehr zwischen zwei großen Mächten geben kann, so wird sich hoffentlich die Welt von diesem Tatbestand Rechenschaft ablegen und erkennen, daß der Krieg heute ebenso unteilbar sein muß wie der Friede. Ein egoistischer Rückzug aus Furcht und die

vage Hoffnung auf Lokalisierung des Krieges ist kurzsichtig und verhängnisvoll, letzten Endes Selbstmord aus Angst vor dem Tode. Man vergesse nicht: Deutschland liegt zwischen West und Ost. Und das heutige Deutschland fühlt sich zu schwach, um wieder einen Zweifrontenkrieg gegen England, Frankreich und Rußland zu führen. Es will sein Ziel etappenweise erreichen. Darum zuerst im Osten offensiv vorgehen, um dann mit eigener Ernährungsbasis, zufriedengestellten Bauernsöhnen usw. den um so kraftvolleren Stoß gegen den Westen zu führen. Inwieweit das nicht eine illusionäre Konzeption ist — schon allein darum, weil sich Rußland niemals völlig vernichten läßt — sei vorerst dahingestellt, aber so denken die Junker und die Krämer. Nicht umsonst wird in Ostpreußen ein Jahrgang mehr eingezogen als anderswo, nicht umsonst hat Deutschland schon die russische Armee an Zahl überflügelt, denn Rußland ist groß und man braucht eine gewaltige Besatzungsinfanterie. Und die Agrarier, sonst immer Flottenfeinde gewesen, bejahen sie diesmal, wie sie sie immer bejaht haben, soweit sie für ihre antirussische Politik notwendig war.

Nach beiden Seiten kann Deutschland, das im Ganzen durch den Nationalsozialismus geschwächt wurde, nicht zugleich kämpfen. Die kollektive Sicherheit ist darum die einzigste Sicherheit. Nicht grundlos hat sie den Haß des Regimes herausgefordert. Wer die kollektive Sicherheit löst, nimmt die Verantwortung für den nächsten Weltkrieg auf sich, denn nur ein solcher kann ein deutsch-russischer Krieg heute sein. Und geschähe das Wunder, daß der Konflikt dennoch lokal möglich wird, dann erhalten Paris, London, Prag und Brüssel etwas später die verdiente Belohnung für die Stillhaltung gegenüber den Eroberungsplänen im Osten — nämlich Bomben über die Hauptstädte. Am nationalen Egoismus, der zugleich utopisch ist, kann Europa verbluten. Noch ist es Zeit, dies zu erkennen.

F. W.

## Der Führer schenkt

Der »Führer« übersandte dem Kaiser von Japan als »Ehregabe« ein japanisches Bild, aus dem 14. Jahrhundert stammend, und von hohem Wert. Vor dreißig Jahren wurde es im Kunsthandel von der preußischen Museumsverwaltung erworben und gehörte seither — wem? Dem Führer? Nein, dem preußischen Staat. In den deutschen Zeitungen aber liest man: »Führergeschenk an Japans Kaiser«.

In einer einzigen Woche wurden eine Staatsdomäne und ein wertvolles Museumsstück verschenkt. Die Nationalsozialisten haben versprochen, in Deutschland »aufzuräumen«. Mit dem Staatsbesitz räumen sie wirklich auf. Sogar gründlich.

Dr. Karl Barth, der bekannte Theologe, der von Rust in den Ruhestand versetzt wurde, hat einen Ruf nach Basel angenommen.

scheinen zu dürfen. Am Minenwerfer durfte er der erste und der letzte sein; aber im Kasino war ihm der Zutritt verwehrt, weil er angeblich den Fisch mit dem Messer aß und Deutschland den Krieg nur gewinnen konnte, wenn das mindestens seine Führer nicht taten. Und es gab Feldwebelleutnants, die dennoch ihre Pflicht taten: weich ein urdeutsches Phänomen!

Nun aber ist das Dritte Reich gekommen. Die Posaune tönt, die Gräber öffnen sich, die Toten und schon Vergessenen stehen auf. Auch du bist dabei, mein Herr Einjähriger? In der Tat, es ist das ein wenig gespenstisch... Aber schon gut! Die, die Dich riefen, sind ja selbst nur ein Spuk über dem Vaterland. Es wird die Zeit kommen, in der Du sowohl wie der Hitler, der Dir zur Wiederauferstehung verhalf, nur noch als Alpdrücken in argen Nächten von jedem guten Deutschen empfunden werden.

## So beginnt's!

### Meckerei im Feuilleton.

Alles in allem: Es war ein schöner Feiertag, an dem sich mancher in der Sonne gut erholen und — seine Farbe wechseln konnte. Und heute sehen wir's schon besser: Die ersten »Rotene« sind wieder da...

(Aus der Sonntagsplauderei eines Berliner Blattes.)

Schwer für die braunen Zensoren, alle Oppositionellen Regungen in den Ansätzen zu erkennen und zu unterbinden. Was soll der Zensor tun, wenn er in der »Rhein-Westf. Ztg.« ein Feuilleton liest, in der die Heiligkeit des Lebens also beflüstert wird:

»Tritt sie tot!« sage jemand am Tische.

Es ist leicht, eine Wespe totzutreten. Aber wenn ich alle Gelehrten und alle Ingenieure und Instrukteure und alle Aerzte und Chirurgen und Zoologen auf der ganzen runden Erde zusammenbrächte, so vermöchten sie alle miteinander doch nicht das, was ich da eben schnell hätte zertreten können, ins Dasein zu bringen: dieses geschmeidige, behende Wesen mit dem schlanken, gelb und schwarz geringelten Leib, mit den großen Augen beiderseits des Kopfes und den tastenden Fühlern, mit seiner Lust zur Sonne und zur Süße des Lebens, und allerdings: mit seinem wehrhaften Stachel!

Er tritt die Wespe nicht tot, sondern rettet sie und besingt dann die Kostbarkeit des Lebens. Was ist das für ein antihierarchisches Gerede? Hat der Mann damit andeuten wollen, wieviel wertvolles Leben in den Konzentrationslagern und Kerkern Gangsteriens barbarisch zertreten wird? Jeder Leser muß es so verstehen!

Und was sagt der Zensor zu einem Feuilleton, in dem der Freiherr von Stein in liberalistischer Weise glorifiziert wird? Ein Pfarrer preist in dieser Skizze den Reformator:

»Wer ein Volk erheben will, muß allen unterdrückten Teilen desselben Freiheit, Selbständigkeit und Eigentum geben.«

»Der Bauer muß Herr sein auf freiem Eigentum! Nur der freie Mann verteidigt gut und treu seinen Herd!«

»Auch der Bürger muß von jeder Vormundschaft befreit sein! Nur freie Arbeit in Werkstatt und Gemeindschaft schafft Größe und Stolz.« Der alte Geistliche wendet den Kopf. »So sprach Stein!« sagt er schlicht und nicht...

Unruhig, scheu mißt der Provisor ferne, hügelansteigende Büsche. »Wo ist Stein?« flüstert er.

»Überall!« spricht der Greis, »überall! überall! Ich fühle ihn! Er wächst!« Jawohl, der Wille zur Freiheit wächst! »Auch der Bürger muß von jeder Vormundschaft befreit sein...« so begann's im deutschen Volke schon einmal! Und wo erschien diese Meckerei, diese Verherrlichung eines Bahnbrechers des deutschen Liberalismus? In verschiedenen Blättern des Dritten Reiches, unter anderem auch in der »Preußischen Zeitung«, dem Königsberger Nazi-Blatt!

## Die Kritik fehlt

In Betrachtungen über die abgelaufene Theatersaison klagen einige gleichgeschaltete Blätter über zuviel Uraufführungen: 89 in den ersten vier Monaten dieser Spielzeit. Nur vier Autoren vermochten sich über die Uraufführung hinaus durchzusetzen. Allein im Dezember wurden fünfzig Stücke an deutschen Bühnen aufgeführt. Die Schuld an diesem Durcheinander und seinen Gefahren gibt der »Deutsche Bühnenspielführer« unverblümt den Göbbelsschen Instanzen:

»Man kann und soll niemanden hindern, Stücke zu schreiben, wie man niemanden hindern kann, sich für einen Dichter zu halten. Nur müssen dann jene Instanzen gut funktionieren, die die Entscheidung darüber zu treffen haben, welche Stücke der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden müssen. Aber hier machte sich eine Unsicherheit bemerkbar, man brachte lieber etwas Unfertiges, das neuen Forderungen entgegenzukommen schien, als das man es zugunsten alter, bewährter Stücke zurückstellte.

... Es ist heute schon so, daß ein Autor

als sicher nur mit der Uraufführung rechnen kann, daß das Stück, selbst wenn es anerkannt gut ist, nachgespielt wird, ist schon eine Ausnahme...«

Und warum dieser Uraufführungssimmel? Früher wurde den Theatern vorgeworfen, sie wagten zu wenig. Sie warteten die Kritik und die Kassenrapporte der anderen ab. Heute hat das alles offenbar keinen Sinn mehr, weil das faule Ergebnis von vornherein feststeht. Einer der Verlage, die in dieser Angelegenheit von der »Literatur« angefragt wurden, bezeichnet den Wert der heutigen Theaterkritik als »ungeheuer gering«, denn es würden »wesentlich lobendere Bemerkungen geschrieben als früher« und auch »minderwertige Werke erhalten bei Uraufführungen zum Teil völlig ungerechtfertigt gute Kritiken...«

Hier liegt der Hund begraben! Der größte Teil der Presse wagt einen Schmarren nicht mehr einen Schmarren zu nennen, wenn er »neuen Forderungen entgegen kommt«, und das Publikum boykottiert die braunen Gebrauchsdramen durch die Bank. Also macht jedes Theater seine eigene Uraufführung, das Risiko bleibt das gleiche, auf dem Spielplan hält sich das Zeug ja doch nicht. Materielles Ergebnis der Göbbelsschen Theaterdiktatur: keine Repertoirestücke, viel Inszenierungskosten, wachsende Defizite — und ein staatlicher Kontrollapparat, der Unsummen verschlingt.

Der Rassen-Günther, Professor von Fricks Gnaden in Jena, Verfasser von blödsinnigen Büchern über die Rassenlehre, ist an die landwirtschaftlich-tierärztliche Fakultät der Universität Berlin berufen worden. Dort gehört der Rassen-Unnati hin.



# Schrumpfung im graphischen Gewerbe

## Die Bedrückung einer qualifizierten Arbeiterschaft

Die Reichsbetriebsgemeinschaft Druck beschäftigt augenblicklich die Leser ihres Mitteilungsblattes mit historischen Anekdoten über Berlins erste Litfassäulen, der »Himmelstaufer« der Berliner Buchdrucker und anderem Unterhaltungsstoff. Indes schreitet der Schrumpfungsprozess des Buchdruckgewerbes mit Riesenschritten weiter und man muß die Organe der Unternehmer im graphischen Gewerbe lesen, um zu erfahren, welche katastrophale Lage in dieser Branche besteht und mit welchen reaktionären Mitteln der »Markt- und Lohnregelung« die Schwierigkeiten überwunden werden sollen.

Nach den umfangreichen Feststellungen des Deutschen Buchdruckervereines ist der Umsatz von 1930 bis 1933 von 1320 Millionen RM auf 837 Millionen RM gesunken.

Für 1934 werden keine Umsatzziffern genannt, aber mitgeteilt, daß die Betriebsausnutzung von 1933 bis 1934 auf 45,3 auf 42,9 Prozent gefallen ist. Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit stellt für die Zeit vom Januar bis August 1934 auf zahlreichen Erfolgsberechnungen für die Druckereibetriebe Umsatzverluste von 1,5 bis 23,8 Prozent fest. Inzwischen haben, so wird bemerkt, auch noch die alljährlichen saisonbedingten Umsatzverluste eingesetzt.

Nach Nr. 46 der »Zeitschrift« haben die Anordnungen gegenüber der Presse vom 24. April in der Papiererzeugungsindustrie »Anlaß zu besonderer Sorge« gegeben. Man befürchtet, falls von der Amann-Verordnung in umfangreichem Maße Gebrauch gemacht wird, einen Bedarfsrückgang.

Die Arbeitslosigkeit im Vervielfältigungsgewerbe soll nach den amtlichen Zahlen im Mai 1934 29.595 und im gleichen Monat 1935 noch 27.745 betragen haben, also ein sehr bescheidener Erfolg der Arbeitsschlacht. Die Arbeitsämter bemerken dazu, daß die Lage im Gewerbe »ruhig aber nicht einheitlich« ist. Schlesien, Hessen usw. klagen besonders. »Aus Bayern kommen Klagen über weiteren Auftragsrückgang«. Aus dem Nürnberger Bezirk werden neue Betriebsbeschreibungen gemeldet.

Eine Besserung der jetzigen Geschäftslage wird »von einer möglichen Steigerung der Ausfuhr« erwartet. Dieser Trost ist schwach, denn daß bei der allgemeinen Exportleiste des Dritten Reiches ausgerechnet die Nazi-Druckerzeugnisse von den europäischen Kulturländern gekauft werden sollen, ist bei normaler Geistesverfassung der Menschheit kaum anzunehmen. Das Unternehmertum im Buchdruckgewerbe hat deshalb eine rein zufällige Organisation des Gewerbes vorgenommen, die am 7. Juni vom Reichswirtschaftsminister als »Ordnung für das graphische Gewerbe« erlassen worden ist und als »Marktregelung« gepriesen wird.

Danach ist die Neuerrichtung sowie die Erweiterung von Betriebsstätten zunächst bis 31. Dezember 1935 verboten. Die Preise und Lieferungsbedingungen werden rechtsverbindlich geregelt. Der sog. laute Wettbewerb besteht in einer kartellmäßigen Preisdiktatur der zusammengeschlossenen Unternehmerorganisationen. »Die neue Marktregelung« ändert selbstverständlich nichts an dem Rückgang des Marktes selbst, aber es wird verhindert, daß der schlechte Geschäftsgang zur weiteren Preissenkung führen könnte, denn »die Berufsgemeinschaft muß vor dem Eigeninteresse stehen.«

Es ist nun bezeichnend, daß zur gleichen Zeit, da im graphischen Gewerbe eine engmaschige Unternehmer-Innung aufgezo-gen wird, für die Lohnregelung der Arbeitnehmer umgekehrt jede Organisiertheit in der Lohnfrage als größtes Verbrechen gebrandmarkt werden soll.

Der »Korrespondent« vom 28. Juni, der vorstehende »berufsgemeinschaftliche Ordnung« für die Druckereibesitzer in allen Tönen preisen möchte, veröffentlicht in derselben Ausgabe einen Aufsatz zur Lohnregelung, worin die Lohnrate als für das Gewerbe unbrauchbar streng abgelehnt werden.

Das Reproduktionsgewerbe, so wird geschrieben, war einst mehr oder minder ein Kunsthandwerk, das erst durch die Vervollkommnung der Maschinen und der Photomechanik industrialisiert werden konnte, aber in seinen Gliederungen niemals mit anderen Industrien verglichen werden dürfe.

»Das Können der Einzelpersönlichkeit tritt also hier besonders hervor... Es wäre moralischer und wirtschaftlicher Unsinn, durch starre Lohn-tarifsätze den persönlichen Ehrgeiz, der zur Leistungssteigerung ja unbedingt notwendig ist, zu unterbinden.«

In seinen Erläuterungen zur Marktregelung der Unternehmer desselben Gewerbes preist der »Korrespondent« die einheitliche Kalkulation, die Richtpreise, die nicht unterschritten werden dürfen. Das sind nationalsozialistische Grundsätze für das organisierte Kapital. Für die Buchdrucker aber heißt es im anderen Aufsatz zur Lohnregelung:

»Wenn sich die Bezahlung nach dem Leistungsvermögen und nach den sozialen Verhältnissen des einzelnen richtet, so ist damit nationalsozialistischer Grundsatz verwirklicht.«

Organisation und kollektiver Preisschutz für die Unternehmer, Unorganisiertheit und individuelle Ausbeutung des Lohnarbeiters — beides ist nationalsozialistisch. Die Geschichte der deutschen Buchdruckerbewegung ist aber geradezu ein klassischer Beweis dafür, daß eine qualifizierte Arbeitergruppe wegen ihres handwerklichen Könnens und Wissens frühzeitig den kollektiven Arbeits- und Lohn-tarifvertrag gepflegt und entwickelt hatte, um eine höchste Arbeitsleistung gegen Willkür und Unternehmerdruck zu schützen. Das deutsche Buchdruckgewerbe hatte in den Jahren einer mustergültigen Tariflohnordnung den stärksten Aufschwung genommen.

Der »Korrespondent« stellt die Frage: Was versteht man unter Leistungsprinzip? und antwortet: »Selbstverständlich richtet sich in diesem Gewerbe die Höhe des Leistungsvermögens nach der Güte des Erzeugnisses und erst in zweiter Linie wird die Schnelligkeit in der Arbeitswoche in Betracht gezogen«. Er muß zugeben, daß eine ungesunde Rationalisierungssucht eingerissen ist, die lediglich noch auf Mengenleistung abgestellt ist. Der »Korrespondent« sagt dazu wörtlich:

»Man nennt diese Arbeitsmethode »Akkordlohn-system«. Die Arbeiter entlohnt man nach dem Akkordtarif. Je mehr produziert wird, desto mehr verdient wird.«

Diese Feststellungen hindern indes die Reichsbetriebsgemeinschaft Druck keineswegs, die Arbeiter im graphischen Gewerbe weiterhin der Akkordausbeutung völlig

schutzlos auszuliefern und dabei den Belegschaften vorzulügen, daß auf diese Weise das Leistungsprinzip gefördert wird. Wozu braucht auch der Buchdrucker einen kollektiven Tariflohn-schutz. Der »Korrespondent« erinnert die Buchdrucker an den Aufruf Dr. Leys vom 1. Mai 1935, Pos. 7, in dem es heißt:

»Wer was leistet, soll fordern... Glauben Sie mir, wenn einmal der deutsche Arbeiter keinen Anwalt mehr braucht, seine Interessen zu wahren, wenn er Mann genug ist, das zu fordern, was er leistet, dann ist die Lohnfrage gelöst... Der Unternehmer hat auch gar kein Interesse daran, un-gerechte Löhne zu zahlen...«

Die tariflose Lohnregelung im graphischen Gewerbe wird deshalb als Vorbild für die kommende Lösung der gesamten Lohnfrage bezeichnet. Es gibt auch in der Tat kaum ein zweites Gewerbe, in dem die Entmachtung der Arbeiterschaft mit solcher Eindeutigkeit aufgezeigt wird, wie es im graphischen Gewerbe geschehen ist. Die Arbeiter werden organisatorisch und tarifpolitisch vollkommen entwaffnet, die Unternehmer dagegen können sich bis auf den letzten Mann unter staatlichem Schutz organisieren, um Preis und Lohn diktatorisch zu bestimmen. Nach vollbrachter Schandtat kommt der Ley und erklärt dem Arbeiter im graphischen Gewerbe: Du brauchst keinen Anwalt, keinen Tarif, keine Organisation, denn Du bist Mann genug, den gerechten Lohn zu fordern. In Zahlen ausgedrückt, sieht der »gerechte Lohn« für das graphische Gewerbe von gestern und heute so aus:

Die Reichsbetriebsgemeinschaft Druck veröffentlicht den heutigen durchschnittlichen Vollarbeiterlohn mit 35,04 RM. Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Reichsamtes waren die durchschnittlichen Wochenverdienste vor Hitlers Machtantritt im Jahre 1932: Handsetzer 78,03 RM, 70,05 bis 114,02 RM, Korrektoren 61,10 RM, Drucker 54,70 RM.

Die Markt- und Lohnregelung in Nazi-Deutschland ist das getreue Spiegelbild des braunen Klassenstaates. Die Staatsgewalt ist der Anwalt des Unternehmertums, der Arbeiter braucht keinen Anwalt. Der Appell Leys an den Arbeiter: »Hilf Dir selbst« war unverfälschter Nazi-Zynismus — er soll aber nicht ungehört verhallen!

## Geständnisse

Im Wirtschaftsblatt der Industrie- und Handelskammer zu Berlin veröffentlicht der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP, Bernhard Köhler, einen Artikel über »Wirtschaft und politische Führung«. Er enthält einige unfreiwillige Geständnisse, die festgehalten zu werden verdienen. Köhler beginnt:

»Mit dem Bekenntnis, daß die Politik den Vorrang vor der Wirtschaft hat, und daß Gemeinnutz vor Eigennutz geht, haben sich auch diejenigen schnell abgefunden, die es eigentlich anders meinten. Denn sie haben den sehr richtigen Instinkt gehabt, daß es nunmehr vor allem darauf ankommt, wie solche Grundsätze praktisch durchgeführt werden. Es war ein erheitertes Schauspiel, insbesondere im Jahre 1933, das große Rennen zu beobachten, das zwischen denen einsetzte, die die Ausföhrung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in die Hand zu nehmen trachteten.«

Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP unterläßt hier die Feststellung, daß in dem Rennen um die Führung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik diejenigen Sieger geblieben sind, die den »sehr richtigen Instinkt« gehabt haben, daß der Grundsatz »Gemeinnutz geht vor Eigen-nutz« auch nach dem Machtantritt Hitlers nur zugunsten der Profit- und Machtinteressen der Privatkapitalisten praktiziert werden würde.

Er macht sich dann lustig über die Pläne zur Organisierung und über die Führung der Wirtschaft:

»Jeder hatte selbstverständlich seine eigene logisch einwandfreie Meinung bereit, und den Vogel schossen diejenigen ab, die die Ueberzeugung vertraten, das Wesen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik bestehe in der Schaffung eines organischen Wirtschaftsgebäudes, und nur mit Hilfe eines solchen könne der nationalsozialistische Staat seine Wirtschaft wunschgemäß zu lenken unternehmen.«

Wir haben nun beinahe zweieinhalb Jahre lang eine sehr erfolgreiche nationalsozialistische Wirtschaftspolitik getrieben, ohne daß der Wunderbau der organischen Wirtschaft weiter gedeihen wäre als etwa der Bau

des Völkerbunds. Ebenso wie das Schicksal der Völker ohne Völkerbund seinen Weg weitergeht, ebenso ist auch das Schicksal des deutschen Volkes und seiner Wirtschaft durchaus organisch weitergegangen, ohne daß eine Organisation sich daran beteiligt hätte.«

Darin liegt das Eingeständnis, daß die Nationalsozialisten wohl eine Masse von Stellen und Aemtern errichtet haben, in die sie Zehntausende Nazibonzen mit hohen Gehältern hineinschoben, daß das alles aber mit Organisierung der Wirtschaft nicht das mindeste zu tun hat. Es liegt darin weiter das Eingeständnis, daß im Dritten Reich der ungezügelte Privatkapitalismus über die Wirtschaft triumphiert. Damit ist auch erhärtet, daß die seinerzeit erfolgte Auflösung der Gewerkschaften und der anderen Schutzorganisationen der Arbeiter, die angeblich erfolgte, weil eine Neueingliederung der Arbeiter beim Neuaufbau der Wirtschaft vorgenommen werden sollte, nur durchgeführt wurde, damit sich die Ausbeutungsgier des Kapitalismus hemmunglos austoben konnte.

## »Nur zugreifen!«

Märchen vom braunen Rübezahl.

Einmal galt im Schlesischen der Rübezahl als Glückspender. Er ließ die dünnen Blätter im Tragkorb eines alten Mütterchens zu purem Golde werden, er half den Bedrängten und beschenkte die Hungernden. Die Rolle des Rübezahls spielen gegenwärtig im Dritten Reich die »braunen Glücksmänner«, die Losverkäufer, die an allen Straßenecken stehen und den Vorübergehenden für eine halbe Mark ihre nummerierten Papierfetzen aufdrehen. Immer wieder gehen liebliche Geschichten durch die deutsche Presse wie diese, das wir einem Thüringer Blatt entnehmen:

»Berlin. Wieder einmal ist in der Arbeitsbeschaffungs-lotterie das Glück einem Arbeitslosen hold gewesen. Dieser Mann ging durch die Friedrichstraße und opferte bei einem braunen Glücksmann zwei Mark. (Den Arbeitslosen klinkern offenbar die Zweimarkstücke nur so im Beutel. N. V.) Er öffnete die Lose nicht gleich, sondern steckte sie in die Tasche. Als er zu Hause ankam und im Beisein seiner Frau die Los-

briefe öffnete, hatte er zunächst zwei Niet-en, beim dritten Los, glaubte er seinen Augen nicht zu trauen: er hatte einen Fünftausender gezogen! Man kann sich die Freude vorstellen, die diesen erwerbslosen Volksgenossen erfüllte...«

Wie man sieht, man muß sein Glück nur versuchen. Noch sind außer dem Zehntausender mehr als ein Dutzend Fünftausender und viele mittlere und kleine Gewinne zu vergeben. Es gilt nur zuzugreifen!«

Wundersame Sagenwelt! Vom Rübezahl berichtete man dereinst Wundertaten, aber niemand konnte einen einzigen Menschen, dem von ihm Heil widerfahren war. Ueber die Arbeitsbeschaffungs-lotterie werden allwöchentlich die verlockendsten Erzählungen aufgetischt — leider ohne Namensnennung, so daß man den vielen arbeitslosen Glückspilzen nicht mal gratulieren kann — aber wen immer man fragt: niemand hat je einen Gewinner vor Augen gesehen, obgleich in allen Städten und Städtchen die Losverkäufer einer neben dem andern hocken, wie Fliegen auf einem Kuchen.

Viele Arbeitslose haben — zwar nichts gewonnen, aber dafür einen neuen Sport entdeckt: sie beobachten stunden- und stundenlang die Lotteriestände. Sie läsen einander ab und harren bis zum Abend aus, aber sie sehen immer nur, wie armen Teufeln das Geld von Staats wegen aus der Tasche gelockt wird, wie die Versuchung, die trügerische Hoffnung auf Gewinn manchen Hungerleider um die letzten Groschen bringt. Ein Beobachter aus Leipzig berichtet uns, er habe unlängst einen »braunen Glücksmann« gefragt, wie viele Lose er denn im Kasten habe. »Zweihundert! Und wie viele Niet-en?« »Nu, mei Gutster, wenn se Pech ham, sin alles Niet-en!« gab der Rübezahl ehrlich zu. Und er weiß es sicher besser als die Märchenerzähler des Propagandaministeriums.

## Man hat uns vorgeredet...

Wie das Deutsche Nachrichtenbüro meldet, sagte Dr. Ley auf der Jahrestagung der Akademie für Deutsches Recht u. a.:

»Man hat dem deutschen Volke ein Jahrhundert vorgeredet, es sei ein Volk der Dichter und Denker. Demgegenüber verkündet der Nationalsozialismus den Primat des Lebensrechtes.«

Es ist auffallend, daß viele bürgerliche Blätter diesen Passus gestrichen haben, obgleich sie sonst die — auf gleicher Höhe stehende — Rede ausführlich brachten. Genieren sie sich doch noch?

## Hitler-Porträt

Streicher hat den Korrespondenten französischer Blätter ein Interview gegeben, in dem er sich für seine schmutzige antisemitische Propaganda auf seinen Freund Hitler beruft:

»Ich weiß es aus persönlicher Quelle, meine Herren. Das einzige Blatt, das der Führer mit wirklicher Freude und innerster Anteilnahme liest, ist mein »Stürmer«. Er liest ihn von der ersten bis zur letzten Zeile.«

Das Staatsoberhaupt des Dritten Reiches wird damit von seinem persönlichen Freund und Gesinnungsgenossen Streicher in ganz besonderer Weise charakterisiert.

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphic«; alle in Karlsbad. Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR. Kč 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung Kč 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland Kč 2.— (Kč 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60), Belgien Frs. 2.45 (29.50), Bulgarien Lew 3.— (96.—), Danzig Guld. 0.30 (3.60), Deutschland Mk. 0.25 (3.—), Estland E. Kr. 0.22 (2.64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1.50 (18.—), Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0.15 (1.80), Italien Lit. 1.10 (13.20), Jugoslawien Din. 4.50 (54.—), Lettland Lat. 0.30 (3.60), Litauen Lit. 0.55 (6.60), Luxemburg B. Frs. 2.45 (29.50), Norwegen Kr. 0.35 (4.20), Oesterreich Sch. 4.40 (48.00), Palästina P. Pf. 0.020 (0.216), Polen Zloty 0.50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0.35 (4.20), Schweiz Frs. 0.30 (3.60), Spanien Pes. 0.70 (8.40), Ungarn Pengö 0.35 (4.20), USA. 0.08 (1.—).

Einzahlungen können auf folgende Postscheckkonten erfolgen: Tschechoslowakei: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 100.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Cechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.